Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 11

Anhang: Europas Streitkräfte im Umbruch : Beispiele ausgewählter Armee-Reformen : Beilage zur "Allgemeinen schweizerischen Militärzeitschrift" ASMZ Nr. 11 1993

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PP I 11 1993 11 BEILAGE

EMB - BMF
EMB 009 665

Europas Streitkräfte im Umbruch –
Beispiele ausgewählter Armee-Reformen

■

Seminartagung und Vortragsreihe der Militärischen Führungsschule an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich

Beilage zur
«Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift»
ASMZ Nr. 11 1993

Die folgenden Beiträge sind aus einer Seminartagung und einer Vortragsreihe an der Militärischen Führungsschule (MFS) an der Eidgenössischen Technischen Hochschule hervorgegangen. Die Leitung aller Veranstaltungen lag in den Händen von Dr. *Karl Haltiner*, Dozent an der MFS an der ETH. Für diese Beilage der ASMZ sind die einzelnen Beiträge überarbeitet und ergänzt worden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Seite 3
Oberst i Gst Dr. Charles Ott

Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends, Probleme, Fragen Seite 4
Dr. Karl W. Haltiner

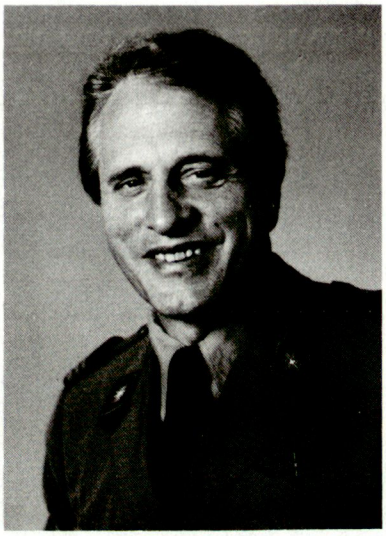
Die belgischen Streitkräfte im Umbruch Seite 10
Prof. Dr. Philippe Manigart

Die Streitkräftereform in den Niederlanden Seite 17
Dr. Johan George van de Vijver

Sicherheits- und wehrpolitische Aspekte der Heeresreform in Österreich Seite 22
Oberst Mag. phil. Udo Rumerskirch

Reform der russischen Streitkräfte Seite 28
Prof. Dr. Nikita A. Tschaldimov

Vorwort



Dr. Charles Ott
Oberst i Gst, Chefredaktor
Allgemeine Schweizerische
Militärzeitschrift

Alle europäischen Armeen stehen zurzeit in Reformen, da die Bedrohungslage sich verändert, der Aufgabenkatalog der Armeen sich vergrössert und ihr Budget sich verkleinert hat.

Die Vortragsreihe von Dr. K. Haltiner bot einen guten Überblick über diesen Umbruch, wobei die Zukunft der russischen Riesenarmee einerseits und die Radikallösungen von Belgien und der Niederlande andererseits im Vordergrund standen.

Der **russische Referent** konnte sich nur auf Projekte stützen, da die politischen Verhältnisse in Russland alles andere als stabil sind und der Zwist zwischen dem kommunistischen Parlament und der reformeifrigen Regierung die Gesetze über eine neue Militärdoktrin und die allgemeine Wehrpflicht bisher verhindert hat.

Der **belgische Alleingang** des Verteidigungsministers ohne vorherige Rücksprache mit den militärischen Verantwortlichen – er will die allgemeine Wehrpflicht schon 1994 abschaffen – hat viel Erstaunen ausgelöst. Die Verstärkung des Berufskorps mit temporären Zeitsoldaten hat wohl keine Realisierungschancen, da die Belgier temporäre Stellen hassen und der Staat salärmässig nicht konkurrenzfähig ist. Hat Belgien seine bitteren Erfahrungen der beiden Weltkriege schon vergessen, oder spekuliert es auf die Hilfe der NATO?

Belgien und Holland wählen eine Lösung, welche den Bequemen und Egoisten in der Gesellschaft entgegenkommt. Wie aber soll der Staat in Zukunft für das Gemeinwohl sorgen, wenn der Bürger seine Wertschätzung für das Vaterland weder mit persönlichem Einsatz noch mit genügend Finanzen unterstützen will? Das Argument des wenig geliebten Militärdienstes zieht m. E. nicht: Oder hat schon jemand die Abschaffung der Steuerpflicht beschlossen, weil niemand gerne Steuern zahlt?

Das **österreichische Bundesheer** versucht sich in der Quadratur des Kreises mit einem kleinen Präsenzheer und einer reduzierten Miliz bei Aufrechterhaltung der Wehrpflicht, bei gleich kleinem Budget. Der versuchsweise eingeführte Zivildienst ohne Gewissensfrage sabotiert jedoch die Planung. Rund ein Drittel der Stellungspflichtigen wählen den leichteren Zivildienst, der nur ausnahmsweise zwei Monate länger dauert als der Militärdienst. Damit reicht das resultierende Grundwehrdiener-Kontingent (Rekruten) bei weitem nicht aus, um die vorgesehenen Präsenzkräfte und die für den Grenzschutz erfahrungsgemäss nötige Milizstärke zu erreichen. Eine Aufhebung der Zivildienstnovelle auf Ablauf der Testphase, d. h. auf Ende 1993, ist wohl kaum möglich, da 1994 grosse allgemeine Wahlen anstehen, bei denen gemäss Erfahrung von 1970 die Wehrdienstlänge einen wesentlichen Einfluss haben kann.

Die von **Dr. Haltiner** formulierten **5 Thesen** zum Streitkräfteumbruch in Europa belegen, dass es nicht nur um eine Redimensionierung der Armeen, sondern um eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat geht. Die Armee soll aber weiterhin die wichtigste Notfallorganisation bleiben und neben militärischen Aufgaben neu auch bei zivilen Katastrophen einsetzbar sein. Die neuen Armeestrukturen sind alle temporär gedacht und variieren je nach geopolitischer Lage und Situation eines Landes. Die Schweizer Armeereform 95 ist eine unseren Verhältnissen entsprechende Lösung, die vorliegende ASMZ-Beilage will sie in einen grösseren Rahmen stellen.

Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends, Probleme, Fragen

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 434 / 1942

Dr. Karl W. Haltiner,
Dozent für Militärsoziologie
an der Militärischen Führungsschule
der ETH, Organisator der MFS-
Vortragsreihe «Europäische Streitkräfte im Umbruch», Zürich.

Veränderte Rahmenbedingungen

Europa, insbesondere West-Mitteleuropa, gehört strategisch und militärisch zu den primären Gewinnern der beendeten Spaltung in Ost und West. Der Kontinent stellt nicht mehr das Hauptkonfrontationsfeld der zwei Supermächte dar. Der Ausbruch eines militärischen Grosskonfliktes auf europäischem Boden ist unwahrscheinlich geworden. Westeuropa verfügt zudem über erprobte und bewährte Mittel der inneren Konflikt- und Krisenbewältigung. Wie die amerikanisch-pazifische Region hat es gute Aussichten zu einer dauerhaft stabilen, kriegsfreien Zone zu werden, in der harte Gewaltmittel bei den zwischenstaatlichen Beziehungen keine nennenswerte Rolle mehr spielen.

Dem intra-regionalen Sicherheitsgewinn steht indessen eine neue interregionale Unsicherheit im Rahmen der grundlegend veränderten geostrategischen Entwicklung gegenüber. Mit dem Wegfallen von Einfluss und Kontrolle der ehemaligen Supermächte haben innerstaatliche Konflikte an Gewicht und Zahl erheblich zugenommen. Die ehemals kommunistisch regierte Welt leidet unter wirtschaftlichem Zerfall und der Erosion staatlicher Macht. Die Kombination von militärischer Stärke, inneren Stabilitätsproblemen, Versuchen zur Etablierung demokratischer Institutionen und divergierenden Auffassungen über den wirtschaftspolitischen Kurs können zu unvorhersehbaren Entwicklungen führen. Während das Risiko für einen weltkriegsartigen High-level-Konflikt praktisch auf Null abgesunken ist, ist jenes für die Anwendung von national, ethnisch und separatistisch motivierter Gewalt an der Euro-Peripherie, im Osten und Süden sichtbar gestiegen. Konventionelle Kriege – früher totgesagt – werden wieder geführt. Lokale Kriegsherren setzen sich über völkerrechtliche Vereinbarungen und kalkulierbare Politräson hinweg. Die Proliferation von nuklearen und chemischen Bedrohungen konnte nicht wirksam unter Kontrolle gebracht werden. Erpressungsdrohungen mit Fernwaffen zeichnen sich als Möglichkeit ab. Globale zivilisatorische Bedrohungen wie Bevölkerungsexplosion, Migration, Zerstörung der Bio- und Klimasphäre, ehemals durch den Ost-West-Konflikt in den Hintergrund verbannt, verschärfen sich und tragen zur sozialen und politischen Destabilisierung bei.

Die völlig veränderte strategische Gesamtsituation Westeuropas verlangt neue sicherheitspolitische Strategien, neue Instrumente und andere Streitkräfte. Das alte Sicherheitssystem, abgestützt auf eine Vielzahl nationaler Landesverteidigungsarmeen, die territoriale Abschreckung praktizieren, hat sich überlebt. Wer soll noch abgeschreckt werden? Nicht passive Dissuasionspolitik, sondern aktive Friedenssicherung mit langfristiger Zielsetzung im Rahmen übernationaler Strategien, ist gefordert. Das zeigte der Golf-Konflikt, das macht der Krieg in Jugoslawien deutlich. Für die Nationen Westeuropas heisst das, sich im Rahmen einer langfristigen Strategie kooperativ und präventiv für die eigene Sicherheit zu engagieren. Stabilisierungsstrategien nötigen zur gemeinsamen Definition von Interessen und zu mehr Koordination des Handelns, sie verlangen ebenso Bereitschaft zu aktivem Eingreifen, sei das im Rahmen einer europäischen, einer atlantischen Sicherheitsstrategie oder im Rahmen der UNO. Europa sieht sich heute mit einer überregionalen sicherheitspolitischen Verantwortung konfrontiert, die herkömmliche Verteidigungsaufgaben übersteigt.

Es ist ein Paradox der Geschichte, dass nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation mehr europäische Soldaten im Kampfeinsatz gestanden haben (Golfkrieg, Somalia u.a. UN-peace-enforcement-Aktionen) als vor der Wende. Der Grund dafür liegt in der Deblockierung der UNO nach dem Ende des kalten Krieges. Die Weltorganisation hat seither eine weltpolitisch und strategische Aufwertung als Konfliktvermittlerin und als Weltpolizist erfahren. Das manifestiert sich u.a. in der sprunghaften Zunahme von UN-Operationen in Südeuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika. Acht von im Sommer 1993 laufenden Friedensmissionen sind nach 1991 initiiert worden. Weltweit stehen über 100000 Soldaten in einem UN-Einsatz.

Der Krieg ist zwar aus Westeuropa verschwunden, Gewaltandrohung und Gewaltanwendung als potentielle Mittel zur Sicherung des Friedens haben aber angesichts der Genozide und ethnisch motivierten Kriege in Westeuropas Demokratien wieder an politischer und gesellschaftlicher Legitimation gewonnen. Damit stehen die Streitkräfte und die Soldaten Europas vor neuen Herausforderungen. Das Aufgabenprimat hat sich gewendet: Landesverteidigung durch Demonstration von Stärke ist zur sekundären Aufgabe geworden. Militärische Einsätze mit und ohne Kampfauftrag im internationalen, nichtmilitärische Einsätze im nationalen Umfeld heissen die neuen Forderungen. Auf sie hin sind Europas Armeen zu formieren. Für die Soldaten heisst das: neue fachliche Befähigungen, andere ethische Qualitäten, veränderte Beteili-

gungsmotive. Das traditionelle Soldatenbild scheint damit überholt, die alten Rekrutierungssysteme stehen auf dem Prüfstand.

Es gibt heute keinen Staat im Westen oder im ehemals kommunistischen Osten, der nicht in irgendeiner Form eine Streitkräftereform durchgeführt hat oder im Begriffe steht, eine durchzuführen. In einigen Nationen sind diese Reformen im Gang und schon weit fortgeschritten, andere stehen erst auf dem Papier. Die Vorhaben sind vielfältig und geprägt von nationalen Traditionen und Interessen. Den allen gemeinsamen Nenner könnte man kurz und bündig in die Stichworte fassen: **weniger Geld, mehr Aufgaben, weniger Personal, höhere Mobilität, neue Organisation.** Die Kurzformel bleibt aber vordergründig. Sie vermag der Vielfältigkeit der Trends und insbesondere den Problemen, die auf die europäischen Streitkräfte zukommen, nicht gerecht werden. Sie verdeckt auch viele Fragen, die sich im Zusammenhang mit den sich abzeichnenden Tendenzen aufdrängen – Fragen, auf die noch keine Antworten gefunden wurden, die vorläufig vielleicht auch keine zulassen. Trends und Fragen, wie sie sich dem Betrachter der Szene stellen, sollen im folgenden knapp skizziert werden. Die Trends betreffen in erster Linie die Streitkräfte Westeuropas. In Mittel- und Osteuropa manifestieren sie sich zumeist in zwar ähnlicher, aber abgeschwächter Form.

Erster Trend: Konstabulisierung der europäischen, insbesondere der westeuropäischen Streitkräfte

Durch die veränderte strategische Bedrohungslage ist die territoriale Verteidigung für die nationalen Streitkräfte Westeuropas zur nachrangigen Aufgabe geworden. Die meisten Staaten haben auf die gewandelte eurostrategische Lage mit einer Neudefinition der Ziele für ihre Streitkräfte reagiert – einer Neudefinition, die einer erheblichen Verbreiterung des Aufgabenspektrums gleichkommt.

Im Vordergrund steht dabei die Ausweitung von nationalen auf internationale Aufgaben. Auf dieser Ebene übernehmen europäische Streitkräfte in steigendem Mass klassische Polizeifunktionen im Rahmen der UNO oder eines UNO-Auftrages. Beispiele dafür sind etwa die Beteiligung der Europäer an der Intervention gegen den Irak, die Einsätze in Somalia, Kambodscha und Jugoslawien, um nur die wichtigsten zu nennen. Streitkräfte werden gewissermassen als Konstabler zur Sicherung der internationalen Ordnung und zur Sicherung des Friedens global und im Auftrage einer übernationalen Macht eingesetzt. Man kann deshalb mit dem amerikanischen Soziologen *Morris Janowitz* von einer zunehmenden Konstabulisierung des Militärs sprechen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich überdies, dass nicht bloss auf der internationalen, sondern auch auf der nationalen Ebene von Konstabulisierung die Rede sein kann. Erwägungen zum Einsatz der Armee für die Unterstützung der Grenzkontrolle oder zur Haftüberwachung für Drogendealer in der Schweiz und in Deutschland machen diesen Funktionswandel sichtbar. Als nationale Ordnungshüteraufgabe lässt sich auch die verstärkte Grenzbewachung durch das österreichische Bundesheer im Gefolge der Jugoslawienkrise bezeichnen.

Daneben werden in fast allen europäischen Staaten den Streitkräften zusätzliche nichtmilitärische Aufgaben überbunden, Aufgaben, die vom Grenzschutz gegen die illegale Immigration über die Katastrophenhilfe bis zu Umweltschutzaufgaben reichen. Die frühere Primäraufgabe Landesverteidigung – so könnte man, die Situation leicht überzeichnend, formulieren – wird zur Sekundäraufgabe, wogegen frühere Sekundärfunktionen (Polizeiaufgaben, Hilfs- und Rettungsdienste) zu Primäraufgaben avanciert sind.

Es ist ein Paradox der Geschichte, dass nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation mehr europäische Soldaten im Kampfeinsatz gestanden haben als vor der Wende.

Wird Gewaltandrohung, so mag man mit Blick auf diese Entwicklung fragen, auch inskünftig noch primäres Ziel von Streitkräften bleiben oder bloss eines unter vielen werden? Wie weit ist die Multifunktionalisierung im Rahmen bisheriger Militärstrukturen verkraftbar, wie weit ist sie innen- wie aussenpolitisch legitimierbar? In welchem Masse wird die Bevölkerung der europäischen Demokratien bereit sein, eigene Soldatenopfer für die an Zahl und Intensität zunehmenden internationalen Friedenserhaltungs- und Friedenschaffungsaufgaben hinzunehmen, wie weit die steigenden Kosten für solche Einsätze zu tragen? Welches sind die möglichen Auswirkungen des Wandels vom Kriegersoldaten zum Helfer- und Diplomatensoldaten auf die soldatische Identität, auf die Rekrutierungsysteme, die Ausbildung und die Beteiligungsmotivation von militärischem Personal? Wie lässt sich die Ausweitung der Aufgaben für das Militär mit der drastischen Kürzung der Militärbudgets vereinbaren?

Zweiter Trend: Die europäischen Streitkräfte stehen vor einem wachsenden Trade off zwischen der Zahl der ihnen übertragenen neuen Aufgaben und einem gleichzeitig drastisch sinkenden Verteidigungsbudget

Kein westlicher Verteidigungsetat ist von Kürzungen verschont geblieben. Die Militärbudgets werden teilweise drastisch beschnitten. In den Demokratien ziehen Politiker für ihre Bevölkerung die Friedensdividende ein. Problematisch dabei ist, dass die Militärbudgets zu budgetpolitischen Steinbrüchen zu verkommen drohen, aus denen man wahllos herausbricht, was sich herausbrechen lässt. Reformen dieser Art sind bloss Redimensionierungen, in denen häufig das Herkömmliche fortgeschrieben wird: weniger Rüstung, weniger Personal, weniger Präsenzzeiten. Bedenklich ist es auch, wenn neue Wehrkonzeptionen, wie es das belgische Beispiel zeigt, letztlich nicht einer Analyse der gewandelten sicherheitspolitischen Bedürfnisse entspringen, sondern das Staatsdefizit oder andere sozial- und wirtschaftspolitische Prioritäten die Wehrreform diktieren.

Wie lässt sich die überall zu beobachtende Ausweitung der Aufgaben mit der steten Verringerung der Mittel vereinbaren? Wie lassen sich die Wähler der europäischen Demokratien davon überzeugen, dass die Substitution von Personal durch modernes Gerät und die für humanitäre und friedenserhaltende Aufgaben notwendige Mobilität kostenintensiv sind? Wie überzeugt man die Bürgerinnen und Bürger davon, dass europäische Sicherheit nicht zum Nulltarif und schon gar nicht im Trittbrettfahrer-

Modus erhältlich sein wird? Sind die westlichen Demokratien auf längere Sicht überhaupt bereit, kostspielige Militärapparate zu finanzieren, die organisatorisch nicht mehr primär für die Wahrnehmung unmittelbar nationaler Interessen, sondern für jene übernationaler Ordnungsbedürfnisse ausgerichtet worden sind?

Dritter Trend: Das Ende der Massenheere des herkömmlichen Typs kündigt sich an

Das Ende des Ost-West-Konfliktes scheint den Anfang vom Ende der Massenheere einzuleiten. Während die früheren Gegebenheiten zahlenmässig grosse Streitkräftebestände zur territorialen Verteidigung aus militärischer und politischer Sicht rechtfertigte, verlangt das neue multipolare globale Konfliktszenario kleinere, schnellere, mobilere, funktional und technologisch flexiblere Streitkräfte. Diesen Anforderungen, so scheint es, vermag das Massenheer von seiner Organisationsstrukur und von seinem Personalrekrutierungssystem her nicht mehr zu genügen.

Dadurch gerät die allgemeine Wehrpflicht, wie das Beispiel Belgiens und der Niederlande, aber auch dasjenige anderer europäischer Nationen – Russland eingeschlossen! – zeigt, zunehmend unter militärischen, politischen und gesellschaftlichen Druck.

Was ist unter militärischem, politischem und gesellschaftlichem Druck im einzelnen zu verstehen?

■ Moderne Militärtechnologien ermöglichen höhere Leitungskraft mit weniger Personal. Das Personal muss aber an modernen High-Tech-Systemen länger und intensiver ausgebildet werden, um deren maximale Leistungskraft voll ausschöpfen zu können. Unter rein militärischem Blickwinkel vermöchten deshalb kleine kapital- und geräteintensive Freiwilligenstreitkräfte dem neuen Konfliktbild eher gerecht zu werden als herkömmliche Wehrpflichtigemassenheere.

■ Politisch lässt sich die Wehrpflicht nach dem Wegfall einer unmittelbaren, für den Bürger sichtbaren militärischen Bedrohung in unseren individualistischen modernen Gesellschaften immer schwieriger begründen.

■ Gesellschaftlich führt das Absenken der Bestände zu einer Verringerung der Einberufung und damit zur Frage nach der Wehrgerechtigkeit. Wer muss noch Dienst leisten, wer wird davon befreit? Wenn, wie das derzeit in vielen Staaten der Fall ist, nur noch einer von drei jungen Männern im Wehrpflichtalter eingezogen wird, so beginnt die Wehrungerechtigkeit eine gesellschaftspolitisch kritische Grenze zu erreichen. Geradezu paradox mutet es an, wenn etwa in Österreich und Deutschland gefordert wird, es sei auf die Abschaffung der Wehrpflicht deshalb zu verzichten, weil sonst die mitbedingte Aufhebung des Zivildienstes in Alters- und Krankenpflege einen Personalnotstand auflösen würde.

Als Ausweg aus diesem Dilemma scheinen sich den europäischen Staaten grundsätzlich zwei Wege anzubieten:

■ Übergang vom stehenden Wehrpflichtigenheer zu einer Miliz, die grosse Bestände nicht als Bereitschaftstruppen, sondern als Reserve hält. Dadurch lässt sich die Wehrgerechtigkeit erhalten, die Reduktion der Bestände wird über ein Absenken der Dienstzeiten erreicht. Das Ziel Wehr- und Belastungsgerechtigkeit wird höher gewichtet als das maximaler Technizität und Mobilität. Das Militär bleibt eine nationale Notwehrorganisation. Diesen Weg gehen (vorläufig noch) die Schweiz und Österreich. Die Vermilizung der Streitkräfte, wie man diesen Weg nennen könnte, wirft einige Fragen auf. Wie können Milizheere längerfristig eine wachsende Ausweitung des Aufgabenspektrums verkraften? Internationale Peace-keeping und Peace-enforcing-Aufgaben verlangen lange Präsenzzeiten und eine hohe fachliche Befähigung. Wie lässt sich das milizmässig auf Dauer bewältigen? Wie können Milizheere den steigenden Anforderungen an Flexibilität und Technizität des Materials nachkommen, ohne auf eine zunehmend wachsende professionelle logistische Basis zurückgreifen zu müssen? Moderneres Gerät und neue, zusätzliche Aufgaben verlangen intensivere Ausbildung. Wie lässt sich das mit dem Trend zur Verkürzung der Wehrzeiten vereinbaren? Wie lässt sich künftig ohne unmittelbare grenznahe Bedrohung die allgemeine Militärdienstpflicht vor einer sicherheitspolitisch sensibler gewordenen öffentlichen Meinung weiterhin rechtfertigen? Wie können Wehrpflichtige bzw. Milizionäre ohne grosse Reibungsverluste dazu motiviert werden, ein halbes oder ein ganzes Jahr ihres Lebens für die Abwehr einer nur noch schwer fassbaren nationalen Bedrohung hinzugeben? Wie gross ist die Gefahr einzuschätzen, dass zwecks Vermeidung von Entfremdungseffekten die Wehrpflichtigenarmeen der europäischen Demokratien so sozialverträglich gestaltet werden müssen, dass sie darob ihre Kriegsfähigkeit verlieren? Wäre eine freiwillige Miliz, wie sie etwa die amerikanische Nationalgarde darstellt, eine praktikable Lösung? Und, last but not least: Sind Milizheere volkswirtschaftlich wirklich die kostengünstigsten Lösungen, als die sie immer wieder dargestellt werden?

■ Der andere Weg führt weg von der allgemeinen Wehrpflicht ins Freiwilligenheer aus Berufssoldaten. Der Weg zu professionellen Streitkräften entspricht einem modernen Gesellschaften innewohnenden allgemeinen Trend. Die enorme Produktivkraft und der hohe Lebensstandard der europäischen Gesellschaften beruhen auf einem hohen Grad an funktionaler Arbeitsteilung und an professioneller Spezialisierung. Dass schliesslich auch die Wahrnehmung der nationalen Sicherheit in die Hände von professionellen Spezialisten gelegt wird, ergibt sich in gewisser Weise aus dieser Entwicklungslogik. Zweifellos eignen sich qualifizierte Freiwillige besser für die Beherrschung ausbildungsintensiver, hochkomplexer Waffensysteme und für viele der neuen Aufgaben, insbesondere der internationalen, als die für kurze Fristen einberufenen Konskribierten.

Allerdings stellen sich auch bei dieser Option wichtige Fragen: Wie steht es mit der Wettbewerbsfähigkeit des Militärs auf dem freien Arbeitsmarkt? Lassen sich die benötigten qualifizierten Freiwillige finden oder wird die Berufsarmee zu einem Sammelbecken von Unqualifizierten und von unterprivilegierten Sozialschichten, wie das Prof. *Manigart* für Belgien befürchtet und wie das im niederländischen Beitrag von Dr. *van de Vijver* anklingt? Wie weit repräsentieren Freiwilligenarmeen die soziale Struktur ihrer Gesellschaften? Wie steht es mit der de-

Sind die westlichen Demokratien auf längere Sicht überhaupt bereit, kostspielige Militärapparate zu finanzieren, die organisatorisch nicht mehr primär für die Wahrnehmung unmittelbar nationaler Interessen, sondern für jene übernationaler Ordnungsbedürfnisse ausgerichtet worden sind?

mokratischen Kontrolle des Militärs? Lassen sich die Gefahren des Prätorianismus, d.h. der militärischen Machtanmassung, einfach mit dem Verweis auf die Existenz von Berufsarmeen in den alten Demokratien Grossbritannien und USA als nichtexistent abtun? Als Antwort auf viele der gestellten Fragen mag man auf die Möglichkeiten von Mischsystemen verweisen. Nur: werden damit die Probleme gelöst oder bloss verdoppelt? Die französischen Erfahrungen mit einem ausgeprägten Zweiklassen-Militär-System, einem professionellen hochmobilen Kern und einer inmobilen, schlecht ausgerüsteten Wehrpflichtigen-Schattenarmee, wie es neuerdings auch von Deutschland angestrebt wird, sind nicht sehr ermutigend.

Vierter Trend: Multinationalisierung von Verbänden als Ausdruck der Entstaatlichung und Rationalisierung von traditionellen Militäraufgaben

Multinationale Streitkräfte in der Form von nationalen Kontingenten und Stäben in Bündnissen sind historisch kein Novum. Auch bestehen UN-Interventionsverbände in der Regel aus nationalen Kontingenten. Die militärische Zusammenarbeit unterschritt aber bei klassischen Verteidigungsaufgaben, wo territoriale Gesichtspunkte noch immer von Bedeutung sind, die Ebene von nationalen Kontingenten bisher selten. Die Schaffung von Verbänden mit Truppenteilen unterschiedlicher Nationalitäten nach funktionalen Gesichtspunkten für Abwehr- und Krisenreaktionsaufgaben ist neueren Datums. Am bekanntesten ist wohl das Eurokorps mit französischen, deutschen und – neu! – belgischen Verbänden. Im Rahmen der NATO verdichtet sich das Netz innerorganisatorischer Kooperation auf Divisions- und Brigadeebene zusehends: In der Entstehung begriffen sind ein deutsch-amerikanisches, ein niederländisch-deutsches und ein dänisch-deutsches Korps. Schrumpfung und Rationalisierung durch strukturelle Integration lautet offenbar die Parole. Im Militärischen scheint sich damit eine eigentliche Denationalisierung und eine Vergemeinschaftung traditioneller Militäraufgaben anzubahnen.

Einige Gründe sprechen dafür, dass der Trend zur transnationalen Vermaschung auf Verbandsstufe sich noch intensivieren und auf tiefere Organisationsebenen ausdehnen könnte. Sie liegen in der Verdichtung der internationalen Abhängigkeiten, im wachsenden Trade off zwischen nationalen Souveränitätsansprüchen und neuen internationalen Aufgaben auf der einen sowie technologisch-ökonomischen Gründen auf der anderen Seite.

Mit wachsender Internationalisierung der Politik und der einhergehenden wechselseitigen Abhängigkeit der Nationen für ihre äussere Sicherheit verlieren die einzelnen Staaten an verteidigungspolitischer Souveränität. Das nukleare Abschreckungssystem,

Die französischen Erfahrungen mit einem ausgeprägten Zweiklassen-Militärsystem, einem professionellen hochmobilen Kern und einer inmobilen, schlecht ausgerüsteten Wehrpflichtigen-Schattenarmee, wie es neuerdings auch von Deutschland angestrebt wird, sind nicht sehr ermutigend.

basierend auf dem Waffenmonopol weniger Grossmächte, stützte sich schon zu Zeiten des kalten Krieges nicht mehr auf Nationen, sondern auf Machtblöcke. Die neuen Aufgaben der regionalen und globalen Friedenssicherung haben noch mehr übernationalen Charakter, sie sprengen ebensosehr den nationalen Rahmen. Dadurch wird die Entstaatlichung der äusseren Sicherheit gefördert. Der Bezug verlagert sich von territorialen und nationalen Identifikationskriterien weg zu regionalen und globalen Kriterien. Die unmittelbare Beziehung zwischen nationaler Bedrohung und nationaler Unabhängigkeit, die üblicherweise zur Legitimation der allgemeinen Wehrpflicht herangezogen wird, entfällt zusehends.

Trotz wachsender Internationalisierung wird kein europäischer Nationalstaat in naher Zukunft seine traditionelle Militärsouveränität abgeben. Die herkömmliche militärpolitische Souveränität der Nationalstaaten erweist sich jedoch angesichts gewandelter Anforderungen an gemeinsame internationale Ordnungseinsätze und an eine gemeinsame Sicherheitsstrategie immer häufiger als hinderlich. Zur Vermeidung von unerwünschten Souveränitätsabgaben an eine supra-nationale Gemeinschaft bietet sich neben der Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit auch die Schaffung trans-nationaler Institutionen dort an, wo die Mittel des Einzelstaates nicht mehr ausreichen. Auf diese Weise könnte sich ein System der «mehrfach abgestuften verteidigungspolitischen Souveränität» *(H. Lübbe)* in Europa entwickeln.

Technologisch-ökonomische Zwänge fördern diese Entwicklung. Moderne Armeen werden bekanntlich kleiner, technisch fortgeschrittener, im internen Verbund der Systeme vernetzter. Es liegt im Wesen von Streitkräften, dass bei ihrem Einsatz ganze Teile durch Feindeinwirkung ausfallen können. Zu den vielen Besonderheiten, die die Institution Militär zur Sicherung ihrer Effizienz auch bei Ausfällen entwickelt hat, gehört eine hohe Redundanz (Überfülle, Doppelspurigkeit, hier: Reserven) an Personal, Material und Waffensystemen. Die enormen Kostensteigerungen pro Rüstungsseinheit, der sich verstärkende innenpolitische Druck auf die Reduzierung der europäischen Militärbudgets und die personelle Verkleinerung der Streitkräfte verringert nun aber deren operative Redundanz. Bei sinkender Redundanz werden die kritischen Untergrenzen für die Einsatzfähigkeit rascher erreicht. Um ihre Golfkontingente gefechtstauglich zu machen, mussten Amerikaner, Briten und Belgier ihre in Europa verbleibenden NATO-Kontingente materialmässig buchstäblich fleddern. Auch die Beschaffungszahl des F/A-18 in der Schweiz gehört ins Kapitel technologisch bedingter Quantitätsoptionen. Eine Möglichkeit, diesen Entwicklungszwängen zu begegnen, besteht u.a. in der gemischtnationalen arbeitsteilig-funktionalen Zusammenarbeit bis auf die operative und logistische Stufe einzelner Verbände.

Welche militärischen, politischen und (völker)rechtlichen Konsquenzen ergeben sich aus dieser Entwicklung? Sind die bestehenden und die angekündigten gemischnationalen Verbände in Europa mehr als bloss europa-politische Gesten? Wird, allen Unkenrufen zum Trotz, die Realisierung eine europäischen Armee schon bald Wirklichkeit? Welche Folgen ergeben sich längerfristig aus der Bildung von Euroverbänden über den NATO-Rahmen hinaus für das atlantische Bündnis? Welche Chancen und Risiken eröffnen sich dadurch den Neutralen in Europa?

Fünfter Trend: Die europäischen Streitkräfte sind auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis

Die Streitkräfte Europas sind heute auf der Suche nach einer neuen Identität. In eine Art Identitätskrise wurden sie nicht erst durch das abrupte Ende des während 40 Jahren dominanten Ost-West-Konfliktes gestürzt. Das Ende des kalten Krieges und der Sowjetunion hat aber die Identitätskrise verschärft und sichtbar gemacht. Sie hat im Westen andere Ursachen als im Osten. Die Identitätskrise ist vielschichtig, sie umfasst sowohl die Makro-, die Meso- wie die Mikroebene der Sicherheitsgefüges und der Verteidigungsinstitutionen.

Die Krise der Makroebene entsteht für die Westeuropäer aus dem Problem, dass nach dem Zusammmenbruch des kommunistischen Machtblocks nationale und territoriale Kriege in Westeuropa unwahrscheinlich geworden sind, dass aber gleichzeitig eine koordinierte spezifisch europäischen Interessen entspringende europäische Verteidigungsarchitektur mit einer klar definierten politischen Zielsetzung fehlt und auch für die nahe Zukunft nicht in Sicht ist. Anders formuliert: Die Sinngebung für die herkömmliche Art nationaler Verteidigung hat mit der neuen Lage in Europa an Bedeutung verloren, die Sinngebung für eine koordinierte Verteidigung mit spezifisch europäischem Charakter ist zwar gegeben, aber es fehlt an europaeigenen tragenden Institutionen. Das atlantische Bündnis mit der Hegemonie der USA vermag diese nur teilweise zu substituieren.

In Westeuropa haben die letzten 30 Jahre wertwandelsbedingt zu einem allmählichen Bedeutungsschwund des Militärischen in der Gesellschaft geführt. Das Militär stellt in keinem westeuropäischen Staat mehr jenes Faszinosum dar, von dem lange Zeit eine besondere gesellschaftliche Anziehungskraft ausging. Streitkräfte sind im Westeuropa von heute nicht mehr Sinnbilder nationaler Identität, sie werden nurmehr pragmatisch und nüchtern als notwendige Übel akzeptiert. Das Auftauchen neuer zivilisatorischer Bedrohungen nichtmilitärischer Art in den letzten 20 Jahren hat ihre innenpolitische Entwertung verschärft.

Im Osten müssen sich die ehemaligen Parteienarmeen heute glaubwürdig als Streitkräfte von demokratischen Nationen neu definieren. Dies geht ohne tiefgehende Überprüfung der Selbstauffassung, ohne Bekenntnis zu neuen Werten und ohne Akzeptanz einer demokratischen Kontrolle und Legitimation nicht ab. Wie schwer dieser Prozess der russischen Armee fällt, zeigt der Beitrag von Generalmajor *Tschaldimow* in dieser Beilage sehr deutlich.

Die Krise der Mesoebene betrifft die Organisations- und Rekrutierungskonzepte der Streitkräfte. Sie ergibt sich aus dem oben dargestellten Dilemma, dass zum einen der Wandel der internationalen Rahmenbedingungen und die gesellschaftlich-technologische Entwicklung die Fortführung von Massenarmeen auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht allmählich als fragwürdig erscheinen lassen, dass aber zum anderen sich viele Politiker und Soldaten mit der Idee einer freiwilligen Berufsarmee nicht so richtig anfreunden können.

Trotz wachsender Internationalisierung wird kein europäischer Nationalstaat in naher Zukunft seine traditionelle Militärsouveränität abgeben.

Die Krise der Mikroebene betrifft schliesslich die Identität des individuellen Soldaten, insbesondere des Offiziers. Als Betroffener und als sicherheitspolitischer Experte nimmt er die Diskrepanz zwischen traditionellen, veralteten Militärauffassungen und dem Bedarf nach neuen Konzepten besonders scharf wahr. Viele Soldaten Westeuropas haben auf die öffentliche und politische Problematisierung ihrer Institution teils abwehrend, teils verunsichert reagiert. Die einen versuchen sich selber als Protagonisten dieser Diskussion zu profilieren, für die anderen ist der Bedrohungszerfall selbst zur Bedrohung geworden. Für erstere können Anpassungen nicht schnell genug erfolgen, letztere wünschen sich häufig die guten alten Zeiten zurück. Offensichtliche Mühe bereitet manchen die potentielle Ausweitung des Aufgabenspektrums im Rahmen eines breiteren Sicherheitsverständnisses. Militärferne Aufgaben wie Grenzschutzdienst und Abwehr illegaler Immigration, Hilfe bei der Drogen- und Terrorbekämfung, Katastrophenhilfe und Umweltschutzaufgaben wecken Fragen nach der Rollenauffassung und dem Selbstverständnis des Soldaten. Die neuen internationalen Aufgaben mit Konstablercharakter verlangen dosierte und subtilere Formen der Gewaltanwendung, neue ethische und moralische Grundprinzipien, politisches und kulturelles Einfühlungsvermögen und viel diplomatisches Geschick. Der Soldat riskiert sein Leben nicht mehr für die eigenen Nation, sondern für eine abstrakte übernationale Ordnungsidee. Damit hat sich der identifikatorische Bezugsrahmen verschoben.

Wie wird sich die Veränderung des Identifikationsrahmens auf die Selbstauffassung einer Berufsgattung auswirken, die sich traditionell als Diener des Nationalstaates verstand? Welcher Personentyp wird sich inskünftig in den Streitkräften Europas engagieren? Sind weltpolitische Aufgaben überhaupt idealisierungsfähig oder werden lediglich materielle Interessen die Beteiligung in den Streitkräften steuern? Welche Auswirkungen hat der gesellschaftliche Prestigeschwund längerfristig für Milizstreitkräfte, die auf ein hohes Engagement der Bürgerschaft angewiesen bleiben? Wird es inskünftig noch gelingen, qualitativ hochstehende Kader auf freiwilliger Basis in genügender Zahl zu finden? Sind internationale Friedensmissionen und nationale Existenzsicherungsaufgaben geeignet, das Militärimage zu heben?

Soweit eine kurze Trendanalyse der europäischen Streitkräfte im Umbruch. Zweifellos liessen sich bei näherer Betrachtung noch weitere Tendenzen ausmachen. Bei den genannten dürfte es sich um jene handeln, welche uns mittelfristig, d.h. bis zur Jahrtausendwende, in erster Linie beschäftigen werden.

Streitkräfte für die Zukunft

Die im folgenden vorzustellenden nationalen Reformvorhaben sind bewusst so ausgewählt worden, dass sie die vermuteten Entwicklungen und die mit ihnen verbundenen Probleme sichtbar werden lassen. Belgien und die Niederlande haben beschlossen, die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben. Sie stehen stellvertretend für andere europäische Nationen, in denen die Abschaffung der Wehrpflicht öffentlich debattiert wird (Deutschland, Spanien, Italien). Der belgische Bei-

trag von Prof. *Philippe Manigart* und der niederländische von Dr. *Johan G. van de Vijver* legen ohne Beschönigung die Chancen und Risiken dar, die sich beim Übergang von der Wehrpflicht zu einer Freiwilligenarmee stellen. Österreich hat in den letzten Jahren ein Milizheeresmodell entwickelt. Es dürfte für die Schweiz von besonderem Interesse sein, zu sehen, wie Reformen im Milizrahmen ausserhalb der Schweiz ablaufen. Ausserdem hat Österreich die Auswirkungen des Zerfalls des Roten Reiches direkt zu spüren bekommen. Die Ausführungen von Oberst *Rumerskirch* machen vor allem deutlich, wie sehr sich trendtypische mit atypischen Besonderheiten verbinden. Die russischen Reformen sind in vielerlei Hinsicht repräsentativ für alle GUS-Staaten. Russland wird auch nach dem Zerfall der Sowjetunion eine wichtige euro- und geopolitische Rolle spielen. Mit Generalmajor *Tschaldimov* ist es uns gelungen, eine führende Persönlichkeit für einen Ausblick in die russischen Reformvorhaben zu gewinnen.

Der Blick über unseren schweizerischen Gartenzaun soll es dem Leser insbesondere ermöglichen, die eigene Reform – Armee 95 – in einen grösseren Trendzusammenhang zu stellen. Es geht in Europa heute darum, Armeen zu schaffen, die der Zukunft dienen und nicht solche, die die Vergangenheit schützen.

Die belgischen Streitkräfte im Umbruch

(Bearbeitung und Übersetzung aus dem Französischen von Odilo Gwerder)

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 434 / 1947

Prof. Dr. Philippe Manigart,
Professor für Militärsoziologie
an der Ecole Royale Militaire
in Brüssel
und an der New Port University.

Einleitung

Am 3. Juli 1992 entschied die belgische Regierung, ihre Streitkräfte tiefgreifend zu restrukturieren. Der Plan *Delcroix,* genannt nach dem Verteidigungsminister, aus dessen Feder er stammt, zwingt die belgische Armee, ihre Bestände massiv zu reduzieren, die Wehrpflicht abzuschaffen, ab Januar 1994 das Personal zu professionalisieren und die Verteidigungsausgaben bis Ende 1997 auf 98 Milliarden FB zu begrenzen (nominales Nullwachstum).

Dieser Plan folgte auf einen 1990 ausgearbeiteten Restrukturierungsplan, den der Generalstabschef, Generalleutnant *Charlier* im Auftrag des früheren Verteidigungsministers, *Guy Coëme,* erstellt hatte. Der Plan *Charlier* sah vor, die belgischen Streitkräfte sukzessive aus Deutschland abzuziehen (Operation REFORBEL), die Bestände zu reduzieren, die Dauer des Militärdienstes zu verkürzen und das Verteidigungsbudget zu senken.

Diese Reformpläne der belgischen Streitkräfte sind weitgehend eine direkte Folge der Umwälzungen im Osten, aber in sehr hohem Masse auch das Resultat des riesigen Budgetdefizits im belgischen Finanzhaushalt.

Ziel dieses Artikels ist es, die Gründe dieser tiefgreifenden Reform der belgischen Militärorganisation aufzuzeigen, die Reform und ihre verschiedenen Aspekte zu beschreiben. Bevor wir uns jedoch diesen Themen zuwenden, scheint es angebracht, mit einer kurzen Vorstellung des belgischen Wehrsystems zu beginnen.

Das belgische Wehrsystem heute

Wie die meisten Armeen Kontinentaleuropas, die zur NATO gehören, bauten und bauen die belgischen Streitkräfte bis 1994 auf einem gemischten System auf, das einerseits aus freiwilligem Personal und Berufssoldaten und andererseits aus Wehrdienstpflichtigen (in belgischer Terminologie «Milizsoldaten») zusammengesetzt ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt zählt die belgische Armee zwei Drittel Freiwillige und einen Drittel Milizleute. 1993 wurde ein Kontingent von 77000 AdA festgelegt, davon sind 48500 Freiwillige, 27200 Milizsoldaten und 2000 «Rappelés».

Wie wir später noch sehen werden, hat die Tatsache, dass von den jungen Leuten im dienstpflichtigen Alter nur gerade ein Viertel tatsächlich Dienst leisteten (einer von zweien, wenn wir nur die Männer in Betracht ziehen) zu dieser radikalen Reform der belgischen Streitkräfte und insbesondere zur Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht beigetragen.

Für die Wehrpflichtigen, die ihren Dienst in Belgien leisten, beträgt die Wehrdienstzeit heute 8 Monate, für jene, die in Deutschland Dienst tun, 6 Monate. 1992, vor der Ankündigung des Planes *Delcroix,* betrug die Dienstzeit noch 10 bzw. 8 Monate.

Die belgischen Streitkräfte bestehen aus drei Teilstreitkräften (dem Heer, der Luftwaffe und der Marine) sowie dem Sanitätsdienst. Im Jahre 1992 teilten sich diese Teilstreitkräfte wie folgt auf:

beim Heer	67%
bei der Luftwaffe	22%
bei der Marine	5%
beim Sanitätsdienst	6%

Die Aufträge dieser Teilstreitkräfte leiten sich ab aus der Beteiligung Belgiens in der NATO, im besonderen aus Aufgaben bei der Verteidigung des Abschnitts Mitteleuropa. Das 1. Korps der belgischen Armee gehört zur NATO-Heeresgruppe Nord.

Restrukturierungsplan der belgischen Streitkräfte

Aufgrund des am 3. Juli 1992 vom Ministerrat gefällten Entscheids wurde der Generalstab beauftragt, für die belgischen Streitkräfte einen Restrukturierungsplan auszuarbeiten. Ziel des Planes war es, die belgischen Streitkräfte ab 1995 den neuen Strukturen der NATO, so wie sie heute definiert sind, anzupassen. Der Plan sollte Ende 1997 verwirklicht sein.

Der Plan *Delcroix* gliedert sich um drei Grundprinzipien:[1]

1. Das Verteidigungsbudget muss bis Ende 1997 unterhalb der nominalen Limite von 98 Milliarden FB bleiben.
2. Die allgemeine Wehrpflicht wird für die ab 1994 Auszuhebenden aufgehoben.
3. Belgien erfüllt weiterhin seine internationalen Verpflichtungen.

Viele Beobachter und Betroffene sind skeptisch, ob sich diese drei Ziele gleichzeitig erreichen lassen. Der absolute Zwang, die Grenze von 98 Milliarden FB (rund 24,5 Mrd. sFr.)[2] nicht zu überschreiten, ist jedenfalls unvereinbar mit dem 1991 unterzeichneten Abkommen mit der NATO, das Kommando über eines der neuen multinationalen Korps (Main Defense Forces)[3] zu übernehmen. Dies deshalb, weil Belgien die Stufe Armeekorps aufgibt.

Struktur der belgischen Streitkräfte 97[4]

Gemäss den Grundlagen vom 3. Juli 1992 des Verteidigungsministers hat der Generalstab folgende Strukturen vorgeschlagen: ab 1997 werden die belgischen Streitkräfte zusammengesetzt sein aus drei Teilstreitkräften (dem Heer, der Luftwaffe und der Marine) und aus einem die Teilstreitkräfte übergreifenden Organ (dem Commandement territorial interforces). Der Sanitätsdienst, der seit 1975 innerhalb der Streitkräfte autonom eingesetzt wurde, wird als unabhängiger Dienst abgeschafft. Ein armeespezifisches Sanitätssystem wird jedoch weiterhin aufrechterhalten. Das Personal dieses Dienstes wird aufgeteilt auf die verschiedenen Teilstreitkräfte und auf die Abteilung «interforces».

Das Heer wird in vier Brigaden gegliedert:

- **die Fallschirmkommando-Brigade** mit leichtem Material,
- **drei mechanisierte Infanterie-Brigaden** (wovon eine teilweise in Deutschland stationiert), ausgerüstet mit Panzerfahrzeugen (ein Panzerbataillon Leopard pro Brigade).

Bezüglich Material werden eine gewisse Anzahl Waffensysteme aus dem Verkehr gezogen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um 202 der 334 Kampfpanzer Leopard (spätestens bis zum 30. Juni 1993), um Aufklärungspanzer Scorpion, um die Flab-Kanone Gepard, die 203-mm-Artillerie und, eventuell, um die Boden-Luft-Flugkörper Hawk.

Die Luftwaffe wird künftig zwei Geschwader zu 36 F-16[5] Flugzeugen, ein Transport- und Verbindungsgeschwader (bestehend aus einer Flugzeugstaffel C-130 und einer Staffel Verbindungsflugzeuge) sowie eine Staffel Such- und Rettungshelikopter (RAR) Seaking umfassen. Dies bedeutet, dass 45 F-16 und alle Mirages IV aus dem Dienst gezogen werden.

Die Marine wird die Hälfte ihrer Flotte beibehalten, d.h. 2 von 4 Fregatten, 7 von 14 Minensuch- und 4 von 8 Minenräumbooten sowie 2 von 4 Kommando- und Versorgungsschiffen.

Das Kommando Territorialzone (Commandement territorial Interforces) wird aus Einheiten und Diensten bestehen, die zugunsten der drei Teilstreitkräfte, des Staates oder der Alliierten (Host Nation Support) eingesetzt werden. Das Kommando Territorialzone wird Personal aus allen drei Teilstreitkräften umfassen. Zu den Aufträgen dieses neuen Dienstes, der mehr oder weniger den heutigen «Commandement des Forces de l'Intérieur» (FI) ersetzt, gehörten insbesondere die Planung und die Koordinierung von Sicherheitsaufträgen, die Entminung sowie der Einsatz von Genie-, Sanitäts- und Übermittlungsmitteln.

Es ist jedoch möglich, dass die hier beschriebenen Strukturen auf Empfehlung der NATO noch leicht geändert werden. So ersucht die NATO Belgien, wie ursprünglich vorgesehen, drei statt nur zwei F-16 Geschwader beizubehalten und eine dritte Fregatte in aktiver Reserve zu halten. Belgien hat sich verpflichtet, diesen Empfehlungen nach Möglichkeiten zu folgen.

Die Dienstpflicht abzuschaffen war für eine Regierung, die selber sehr unpopulär ist, deshalb politisch sehr verlokkend.

Dies hat jedoch innerhalb der ursprünglichen Budgetlimiten zu geschehen. Anders ausgedrückt, eine Überschreitung der Limite von jährlich 4,2 Milliarden sFr. bis 1997 steht nicht zur Diskussion. Somit wird auch klar, dass der Wille zur Ausgabenbeschränkung im militärischen Bereich das Hauptziel des Plans *Delcroix* ist. Einfacher ausgedrückt, es geht darum, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, indem der Anteil des Verteidigungsbudgets am Gesamthaushalt reell gesenkt wird.

Budget

Entwicklung des Verteidigungsbudgets 1993 – 1997

Nach der Budgetkontrolle vom Juli 1992 hat die Regierung beschlossen, das nationale Verteidigungsbudget für die künftigen Jahre «einzufrieren», d.h. das Budget ist gekennzeichnet durch ein nominales Nullwachstum, was bei der heutigen Inflation einer realen Abnahme der Verteidigungsausgaben gleichkommt.

Für 1993 beträgt das Verteidigungsbudget 97 549 600 000 FB (rund 24,4 Mrd. sFr.)[6]. In diesen 98 Milliarden ist ein Posten von 1 Milliarde BF für humanitäre Einsätze reserviert. Wird dieser Kredit nicht gebraucht, kann das Verteidigungsdepartement den Rest des verfügbaren Kredites behalten. Sollten die Kosten jedoch höher sein, so müsste ein Zusatzkredit beantragt werden.

Gemäss einer Studie der Budgetplanung (Planungsstelle dem Wirtschaftsministerium unterstellt) vom Oktober 1992 sollte der *Delcroix*-Plan bis 1996 dem Gesamthaushalt Einsparungen von 465 Millionen sFr. bringen[7]. Die Budgetplanung sieht indessen vor, dass diese Operation keine Auswirkungen auf den Staatshaushalt als Ganzes hat: was nämlich auf der Budgetebene gespart wird, soll im sozialen Bereich wieder ausgegeben werden. Gemäss dieser Studie der Budgetplanung wird sich die Arbeitslosenzahl durch die Abschaffung der Wehrpflichtigen und die Abgänge überflüssig werdender Angestellter um 27 500 Personen erhöhen. Die Verminderung der Freiwilligenbestände und der Berufsleute wird die Sozialbeiträge um 117 Mio sFr. schmälern und die Ausgaben für Arbeitslosenentschädigung um 287 Mio sFr. mehr belasten.

Unberücksichtigt sind dabei die noch nicht berechneten Auswirkungen der Abschaffung des Sanitätsdienstes. Man darf nicht vergessen, dass die jungen Milizsoldaten während ihres Militärdienstes medizinische Versorgung gratis von der Armee beziehen konnten. Die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht bedeutet, dass diese jungen Leute inskünftig der Kranken- und Invalidenkasse zur Last fallen werden.

Personal

Als Folge der Professionalisierung wird der Anteil an den Personalkosten spürbar steigen. 1993 betrug er noch 57% des Verteidigungsbudgets, in den kommenden Jahren wird sich dieser Anteil auf 61% erhöhen. Damit ist klar, dass die Regierung und die militärischen Behörden dem Personal höchste Priorität einräumen, dies insbesondere im Sozialplan der Restrukturierung. (Abgänge des Personals, Rekrutierung von Kurzzeit-Freiwilligen, Anpassung der Entlöhnung).

Investitionen

Da bei real sinkendem Verteidigungsbudget das Personal prioritär behandelt wird, ergibt sich logischerweise eine drastische Senkung der Ausgaben für Rüstungsgüter. Die Zeit

der «Jahrhundertverträge» (Kauf des Kampfflugzeuges F-16, des Helikopters Agusta usw.) ist vorbei. Bis zum Jahre 1997 bleiben die Investitionsmöglichkeiten sehr bescheiden. Die Mehrzahl der grossen Rüstungsprogramme wurden entweder rückgängig gemacht, aufgeschoben oder gestreckt.

Es versteht sich von selbst, dass es infolge des Budgetzwangs sehr schwierig oder gar unmöglich sein wird, die Streitkräfte gemäss dem Willen des Verteidigungsministers und verschiedener Parteien «mittels weniger, dafür aber mit modernstem Material ausgerüsteten Einheiten zu reorganisieren»[8].

Bestandesprobleme

Bestände

Der Plan *Delcroix* sieht eine Reduktion der Bestände der belgischen Armee um 50% vor. Dies bedeutet, dass die restrukturierten belgischen Streitkräfte noch maximal 40000 militärische und 5000 zivile Stellen[9] zählen werden. Dazu kommt ein Kontingent von 2500 Offiziers- und Unteroffiziersschülern. Die 40000 militärischen Stellen werden aufgeteilt in 12,5% Offiziere, 37,5% Unteroffiziere und 50% Freiwillige. Die Entwicklung in Richtung einer diamantförmigen Struktur mit relativ vielen mittleren Kadern geht somit weiter und beschleunigt sich noch. Dieser Übergang vom hierarchischen Pyramidengefüge zu einer Sechseck-Struktur ist eines der Anzeichen des Untergangs des Massenheeres. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offensichtlich im Verschwinden der Wehrpflichtigen, die (militärisch gesehen) als Handlanger gelten. Im heutigen gemischten System liegt der Anteil von Korporälen und Soldaten bei 64%, jener der Unteroffiziere bei 28%[10].

Die Stellen werden wie folgt auf die drei Teilstreitkräfte verteilt:
- Heer: 27500 Stellen, was gemessen an den heutigen Beständen einer Reduktion von 49% gleichkommt,
- Luftwaffe: 10000 Stellen, d.h. eine Reduktion von 42%,
- Marine: 2500 Stellen, d.h. eine Reduktion von 41%.

Prozentual erreichen die Teilstreitkräfte folgende Anteile am Streitkräftetotal: Heer 68,8%, Luftwaffe 25% und Marine 6,2%.

Zusätzlich zu diesen aktiven Truppen ist eine Reserve von maximal 30000 Mann vorgesehen. Sie soll im Ernstfall die stehenden Einheiten verstärken. In einer ersten Zeit (bis zum Jahr 2000) wird diese Reserve zusammengesetzt sein aus den heutigen Reservisten (Milizsoldaten) und aus Kurzzeit-Soldaten, die bei Ablauf ihres Vertrags noch einige Jahre bei der Reserve Dienst leisten. Längerfristig (bis Ende 1993) wird der Verteidigungsminister der Regierung ein neues Reservestatut vorschlagen müssen. In diesem Zusammenhang wird im Verteidigungsministerium und im Innenministerium auch die Schaffung eines Gemeinschaftsdienstes studiert. Dieser Gemeinschaftsdienst soll freiwillig sein, jedoch werden gewisse finanzielle und soziale Anreize in Aussicht gestellt (Entschädigung, Vorrang bei der Anstellung usw.). Zu Beginn soll dieser Dienst nur einige Tausend junge Leute umfassen. Diese würden bei den Streitkräften in einem Sektor von allgemeinem Interesse wie Zivilschutz, Gesundheitswesen, Alters- und Invalidenbetreuung, Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe aber evtl. auch für militärische Aufgaben usw. eingesetzt.

Da die Bedrohung aus dem Osten verschwunden ist und da in Belgien das Ansehen der Streitkräfte seit jeher tief war, bildete das Verteidigungsbudget eine ganz natürliche Zielscheibe für Sparübungen.

Eine im Januar dieses Jahres durchgeführte Umfrage bei einer repräsentativen Auswahl in der belgischen Bevölkerung hat bei den 15jährigen und älteren[11] gezeigt, dass die Idee eines Gemeinschaftsdienstes gut aufgenommen wird. 78% der Befragten zeigten sich ganz oder ziemlich einverstanden mit der Schaffung eines Gemeinschaftsdienstes. Die jungen Leute im Alter von 15 bis 34 Jahren – jene Jahrgänge, die auch direkt von diesem Dienst betroffen wären – zeigten jedoch eine etwas geringere Zustimmung als die älteren Personen: 36% waren ganz, 39% ziemlich einverstanden. Fragt man nun jene, die der Idee eines Gemeinschaftsdienstes nicht ganz ablehnend gegenüberstehen, in welchem Gebiet sie eventuell ihren Dienst leisten würden, so kommt die Armee an letzter Stelle von neun Möglichkeiten: 37% der Befragten wären unter Umständen bereit, dieses Einsatzgebiet zu wählen. Die am häufigsten genannten Möglichkeiten waren die humanitären Organisationen mit 78% positiven Antworten.

Die neue Personalpolitik

In der Studie des Generalstabs kann man lesen[12]:

«Die Streitkräfte werden gleichzeitig mit vier so radikal neuen Gegebenheiten konfrontiert, dass sich eine Umgestaltung der gesamten Personalpolitik aufdrängt. Die deutliche Verminderung der Bestände im Zuge der Abschaffung der Militärdienstpflicht muss in einem geopolitisch total neuen Rahmen geschehen. Andererseits muss der Anteil an zivilem Personal erhöht werden. Der heutige und künftige Rahmen, in dem die Soldaten eingesetzt werden, unterscheidet sich grundsätzlich von jenem des kalten Kriegs. Zum «Kriegsfall» und «Friedensfall», wie man sie bis anhin berücksichtigen musste, kommen heute weitere Aufträge und neue Einsatzformen, die dazu noch in einem multinationalen Rahmen stattfinden: bewaffnete oder unbewaffnete Einsätze, Beobachtungs- oder Schutzaufgaben, Kontrollaufträge.»

Die Abschaffung der Militärdienstpflicht

Die spektakulärste und zweifelsohne die populärste Massnahme des *Delcroix*-Plans bleibt jedoch die Ankündigung, dass der Militärdienst ab Januar 1994 abgeschafft wird. Diese Abschaffung des Militärdienstes in so kurzer Zeit bringt grosse Anpassungsprobleme mit sich. Vier werden in der Studie des Generalstabes genannt[13]:
- Das Drittel des Streitkräftebestandes, das bis anhin mit der allgemeinen Wehrpflicht abgedeckt wurde, muss künftig auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutiert werden. Das heisst, dass die Streitkräfte auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig auftreten und Karrieremöglichkeiten und/oder eine attraktive Ausbildung anbieten müssen, wenn sie nicht Unterbestände oder schlecht motiviertes Personal in Kauf nehmen wollen.
- Der automatische Verjüngungsmechanismus des Personals der Streitkräfte geht grösstenteils verloren.

■ Die «Reservekomponente», die für die Streitkräfte unerlässlich ist, wird in Frage gestellt.
■ Die Streitkräfte verlieren gemäss dem Generalstab mit dem jungen Wehrpflichtigen-turn-over ein unbestreitbares, wenn auch indirektes demokratisches Kontrollelement.

Es ist wahrscheinlich, dass sich das Fehlen von Dienstpflichtigen vor allem in technischen Diensten und in den Stäben bemerkbar machen wird, da hier vielfach Leute Dienst leisteten, die im Zivilleben hochqualifizierten Tätigkeiten nachgehen (z.B. Informatiker, Akademiker usw.)[14]. In diesen hoch spezialisierten Armee-Bereichen wird es wohl sehr schwierig werden, Dienstpflichtige durch qualifizierte Freiwillige zu ersetzen.

Konkret sieht der *Delcroix*-Plan vor, die Militärdienstpflicht im Januar 1994 nach einer kurzen Übergangsperiode abzuschaffen. Weiter wird die Dauer des Militärdienstes für die 1993 Ausgehobenen auf 6 Monate in Deutschland und auf 8 Monate in Belgien verkürzt. Da 1994 keine Soldaten mehr ausgehoben werden, wird die Zahl der Wehrpflichtigen im Dienste der Streitkräfte sukzessive auf Null fallen.

Schliesslich fällt mit der Abschaffung der Militärdienstpflicht auch der Status des Dienstverweigerers. Für die 1993 Ausgehobenen wurde die Zivildienstdauer der Verweigerer je nach Einsatzart auf 10 oder 12 Monate gesenkt.

Eine Freiwilligenarmee («All-Volunteer Force»)

Der erfolgreiche Übergang zu einer Freiwilligenarmee bedingt eine tiefgreifende Revision der Rechtsstellung des Personals. In der Studie des Generalstabes werden eine Reihe von Massnahmen aufgelistet, um den Einsatz in den Streitkräften attraktiver zu gestalten.

Dabei werden drei Massnahmenpakete unterschieden; nämlich solche, welche
■ die Personalrechtsstellung dem neuen geopolitischen Umfeld und den neuen Aufträgen anpassen;
■ die Stellung und die finanziellen Entschädigungen der verschiedenen Personalkategorien verbessern;
■ die Möglichkeit gewährleisten, das militärische Personal dauernd zu verjüngen, damit die Alterspyramide mit den Ansprüchen einer militärischen Organisation kompatibel bleibt.

Anpassung an das neue geopolitische Umfeld

Als Folge der immer zahlreicheren humanitären Einsätze der Art von Somalia und Ex-Jugoslavien hat der Generalstab drei Arten von Situationen definiert, mit denen der Soldat konfrontiert werden kann. Je nach Situation würden auch die finanziellen Entschädigungen anders ausfallen.
■ **Friedenszeit:** dazu gehörten die Ausbildung, der reguläre Dienst und der intensive Dienst während Übungen und Manöver;
■ **Einsätze:** dazu gehörten die humanitären Einsätze, die Beobachtungseinsätze (zu Gunsten der UNO, der EG usw.), die friedenserhaltenden und die friedenserzwingenden Einsätze;
■ **Kriegszeit.**

Vorgeschlagene Massnahmen zur Förderung der Rekrutierung

Im Bewusstsein, dass die Bedingungen attraktiver und dem heutigen sozialen Milieu sowie der neuen Umwelt, in der die Streitkräfte vermehrt arbeiten, angepasst werden müssen, wurde beschlossen, den Status des Berufsmilitärs entlang folgender Leitlinien zu ändern:
■ Einführung neuer Grade mit dem Ziel, ausgeglichenere und attraktivere Karrieremöglichkeiten zu bieten,
■ Einführung einer neuen Personalbeurteilungsmethode,
■ Einführung beschleunigter Beförderungsmöglichkeiten, die zu Leistungen anspornen und Fähigkeiten honorieren.

Es versteht sich von selbst, dass es infolge des Budgetzwanges sehr schwierig oder gar unmöglich sein wird, die Streitkräfte gemäss dem Willen des Verteidigungsministers und verschiedener Parteien «mittels weniger, dafür aber mit modernstem Material ausgerüsteten Einheiten zu reorganisieren».

Weiter wurde vorgeschlagen, die finanzielle Entschädigung, insbesondere der unteren Ränge, zu verbessern. Ohne eine Verbesserung des Lohns der Freiwilligen bleiben die Streitkräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig und werden auch nicht genügend Kandidaten finden. Der Beruf des Soldaten bleibt anspruchsvoll sowohl im Bereich der Ausbildung als auch im Bereich der Familie. Zusätzlich wird der Beruf wegen den immer häufigeren Einsätzen im Ausland auch gefährlicher (Somalia, Ex-Jugoslawien, Zaïre, usw.).

Massnahmen zur ständigen Verjüngung des Personals

Die Regierung hat entschieden, ein neues Statut für Kurzzeit-Soldaten auszuarbeiten. Dieses soll sicherstellen, dass die Streitkräfte über genügend junges Personal verfügen und dass die Reserven zum nötigen Personal kommen. Diese Massnahme ist zweifelsohne der wichtigste Punkt der jetzigen Restrukturierung. Seinetwegen haben nämlich bis jetzt alle früheren Versuche einer Professionalisierung der belgischen Streitkräfte Schiffbruch erlitten[15].

Alle Untersuchungen zu diesem Thema zeigen, dass der von den Belgiern am meisten angestrebte Arbeitswert (zivil oder militärisch) die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist[16]. Entsprechende Erwartungen steigen, je tiefer man in der Berufshierarchie absteigt. D.h. je weniger qualifiziert jemand ist, desto mehr Wert legt er auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Die jetzigen «Kurzzeit-Statute» waren aber diesbezüglich eher zwiespältig. So verpflichteten sich zum Beispiel bis vor kurzer Zeit Freiwillige für eine Zeit von 2 bis 10 Jahren. Nach 6 Jahren hatten sie eine begrenzte Möglichkeit, ins Berufskader einzutreten. Eine Mehrheit der Zeitsoldaten wünschte jeweils diese Möglichkeit zu ergreifen. Sie blieben also so lange als möglich, mit dem Resultat, dass eine grosse Zahl von ihnen die Streitkräfte erst nach 10 Jahren verliess. Dabei entstanden besondere Wiedereingliederungsprobleme im Arbeitsmarkt. Kommt dazu, dass diese Freiwilligen sehr oft keine Berufsausbildung hatten.

Um diese sozialen Probleme zu vermeiden sieht das neue Statut, das sich in Ausarbeitung befindet, eine kürzere Einsatzzeit vor. Angesichts früherer Erfahrungen bleibt aber abzuwarten, ob ein «Kurzzeit-Statut» dem Militär wirklich jene Leute bringt, die es braucht. Da eine Marktstudie zu diesem Thema fehlt, ist jeglicher Versuch

einer Antwort voreilig. Aber gerade von dieser Antwort hängt der Erfolg oder Misserfolg des Restrukturierungsplans der belgischen Streitkräfte ab. Eine ungenügende Rekrutierung junger Kurzzeit-Freiwilliger müsste schliesslich in eine Überalterung der Streitkräfte münden.

Das «Kurzzeit-Statut» des Generalstabes basiert auf folgenden Grundsätzen:

- das Statut ist auf alle Personalkategorien anwendbar (Offiziere, Unteroffiziere und Freiwillige);
- die Rekrutierungsbedingungen sind weniger hart als jene für Berufsmilitärs;
- die Einsatzdauer ist an eine Altersgrenze gebunden;
- die Besoldung entspricht jener der Berufsmilitärs;
- am Ende des Einsatzes erhält der Wehrmann unter anderem eine Abgangsentschädigung, die abhängig ist von der Dauer der Anstellung. Ferner werden seine Sozialleistungen garantiert; er profitiert von einer Vorzugsbehandlung bei der Bewerbung um eine Stelle im öffentlichen Dienst.

Es bleibt anzumerken, dass es sich hier um Vorschläge des Generalstabes handelt, die noch vom Verteidigungsminister und von der Gesamtregierung gebilligt werden müssen. Die Vorzugsbehandlung für Stellen der öffentlichen Verwaltung zum Beispiel sind bei der Regierung und bei den Gewerkschaften der öffentlichen Dienste sehr umstritten.

Übergangsmassnahmen zur Verringerung des Personals

Zusätzlich zum Verschwinden der Milizsoldaten bringt die Abmagerungskur der belgischen Streitkräfte bis 1997 einen Überschuss an 700 Offizieren und 6000 Unteroffizieren. Dieses Personal wird nach einem von der Regierung gegebenen Versprechen nicht entlassen.

Eine mögliche Lösung hätte darin bestanden, auf die Rekrutierung neuer Leute zu verzichten. Diese Möglichkeit wurde jedoch verworfen, weil sie sich auf die Altersstruktur langfristig ungünstig ausgewirkt hätte. Eine militärische Organisation, insbesondere das Heer, braucht nun einmal junge Leute, die physisch gut in Form sind. Die Rekrutierung wird also nicht gestoppt, sondern für die Jahre 1994 bis 1997 bloss eingeschränkt.

Die Regierung hat beschlossen, die freiwilligen Abgänge zu fördern, um auf diese Weise das Kader zu erneuern. Ein erster Massnahmenkatalog sieht vor, Personal in das Verteidigungsministerium zu versetzen. Einer Anzahl Militärs könnte man eine zivile Karriere innerhalb der Verwaltung anbieten. Ebenfalls werden im übrigen öffentlichen Sektor Möglichkeiten gesucht, um Personal zu versetzen.

Diese internen Massnahmen können aber nicht das ganze Problem lösen. Deshalb versucht der Minister, mit den Regionen und Gemeinden Übereinkommen zu schliessen mit dem Ziel, überzähliges Personal für administrative und andere Aufgaben der öffentlichen Dienste und der Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Nach Bekanntwerden der Absicht des Verteidigungsministers, die Wehrpflicht abzuschaffen, haben sich alle Parteien rasch der Vorlage angeschlossen.

Diese Absicht stösst jedoch bei den betroffenen Verwaltungen auf starken Widerstand (besonders von seiten der Gewerkschaften).

Gründe für die Restrukturierung der belgischen Streitkräfte

Vergleichend müssen wir zwei Arten von Ursachen unterscheiden, die zur jetzigen Restrukturierung der belgischen Armee geführt haben: die einen könnte man als **strukturell** bezeichnen, jene nämlich, welche diesen tiefgreifenden sozialen Wandel möglich und nötig gemacht haben, die anderen als **interne** Gründe politischer und finanzieller Art, die den Zeitplan und die Art der Reform bestimmt haben.

Strukturelle Gründe

Das progressive Verschwinden der Militärdienstpflicht in unsern westlichen Gesellschaften und ihre Ersetzung durch ein System von Freiwilligen ist eine Folge des Niedergangs der Massenheere[17].

Dieser Niedergang geht einerseits zurück auf den technischen Fortschritt[18], andererseits auf die soziokulturelle Entwicklung und auf Umwälzungen im geopolitischen Bereich.

Interne Gründe

Das Defizit des öffentlichen Haushalts in Belgien

Unabhängig von den Auswirkungen des sozio-kulturellen Wandels war eine Reduktion der Verteidigungsausgaben aus finanzpolitischen Gründen unausweichlich. Der Vertrag von Maastricht, insbesondere dessen wirtschaftlicher Teil mit seinen Auflagen für den Eintritt in die Europäische Währungsunion, hat Belgien zur Übernahme von drakonischen Finanzvorgaben (Konvergenzplan) gezwungen. Die belgische Regierung sieht sich insbesondere genötigt, das Defizit der öffentlichen Finanzen zu reduzieren. Da die Bedrohung aus dem Osten verschwunden ist und da in Belgien das Ansehen der Streitkräfte seit jeher tief war, bildete das Verteidigungsbudget eine ganz natürliche Zielscheibe für Sparübungen. Der Plan *Delcroix*, der für das Verteidigungsbudget bis 1997 real ein negatives Wachstum vorsieht, liegt damit ganz auf der Linie dieser Sparbemühungen.

Die Unbeliebtheit des Militärdienstes

Im Zuge der sozio-kulturellen Entwicklung wurde der Militärdienst, früher als Recht und Pflicht betrachtet, zu einem Zwang, dem jeder auszuweichen sucht. Der Militärdienst ist in Belgien, mehr noch als in den anderen Ländern, sehr unbeliebt geworden. Die Dienstpflicht abzuschaffen war für eine Regierung, die selber sehr unpopulär ist, deshalb politisch sehr verlockend.

Die Haltung der Hauptbeteiligten

Die belgische Verteidigungspolitik hat selten das Interesse aller grösseren Parteien Belgiens auf sich gezogen. Eine Ausnahme bildete Ende der siebziger Jahre die Debatte über die Euromissiles.

Im Zuge der Umwälzungen im Osten haben sich die Militärkommissionen der verschiedenen Parteien Belgiens für eine eventuelle Reform der Streitkräfte zu interessieren begonnen. Im Zentrum ihrer Überlegungen stand die Frage der Wehrpflicht: sollte man sie abschaffen oder sollte man sie in irgendeiner Form aufrechterhalten? Bis zur Ankündigung von Verteidigungsminister *Delcroix*, die Wehrpflicht abzuschaffen, waren sich die verschiedenen Parteien

uneins in dieser Frage: einige waren schon seit langer Zeit für die Abschaffung, andere wünschten die Aufrechterhaltung.

Nach Bekanntwerden der Absicht des Verteidigungsministers, die Wehrpflicht abzuschaffen, haben sich alle Parteien rasch der Vorlage angeschlossen. Diese Schnelligkeit ist verständlich, wenn man die Unbeliebtheit des Militärdienstes in Belgien kennt. Selten noch hat in Belgien bei einer so wichtigen Reform eine derartige Einmütigkeit geherrscht, und selten noch war die Zeitspanne zwischen der Lancierung einer Idee (Juni 1992) und dem Moment, wo der Ministerrat diese gutgeheissen hat (3. Juli 1992), so kurz gewesen.

Die einzigen Vorbehalte und Kritiken zu diesem Plan gab es von seiten der NATO und des Generalstabes. Am 26. November 1992 schrieb *Manfred Wörner,* Generalsekretär der NATO, dem belgischen Premierminister *Jean-Luc Dehaene* und warnte in dem Brief die Regierung vor den Folgen des Plans *Delcroix,* «der den Zusammenhalt der Allianz und die gleichmässige Verteilung der Rollen und der Verantwortung bedrohen könnte». Im Dezember 1992 warnte der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa (SACEUR), «dass Belgien mit seiner neuen Militärstruktur nicht mehr in der Lage sei, seinen 1992 festgelegten Verpflichtungen nachzukommen (...) Die Kampftauglichkeit der belgischen Armee werde mit der Aufhebung der Dienstpflicht 1994 signifikant verändert»[19].

Nach Konsultationen mit der NATO hat sich die belgische Regierung am 29. Januar 1993 verpflichtet, gewissen Empfehlungen im Rahmen des Möglichen nachzukommen, dies jedoch nur innerhalb des Rahmenkredites von 98 Milliarden FB.

Konkret verlangte die Allianz von Belgien Zusicherungen bezüglich:

- verfügbarer Reserven (eine Studie über die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes dürfte den Wünschen der NATO entsprechen);
- Aufrechterhaltung von 3 statt bloss 2 Staffeln F-16, wie ursprünglich vorgesehen (dieser Massnahme wurde stattgegeben);
- Aufrechterhaltung von drei statt zwei Fregatten (die Regierung hat beschlossen, eine dritte Fregatte in Reserve zu halten);
- Gewährleistung von Luftverteidigungskapazität (teilweise Beibehaltung des Hawk-Systems statt, wie vorgesehen, ersatzlose Streichung);
- Realisierung von Investitionsprogrammen (werden derzeit studiert).

Der Generalstabschef, Generalleutnant *Charlier* hat seinen Widerstand gegen den Plan *Delcroix* nie verheimlicht. Das führte mehrmals zum offenen Konflikt mit seinem vorgesetzten Minister, was eher ungewöhnlich ist für ein Land wie Belgien, wo das Militär im allgemeinen die Entscheidungen der politischen Ebene getreu und ohne öffentlich sichtbare Emotionen ausführt.

Vom Konflikt erfuhr die Öffentlichkeit erstmals am 4. Juli 1992, als das flämische Fernsehen einen den Plan *Delacroix* kritisierenden Brief veröffentlichte, den Generalleutnant *Charlier* an den König, an den Premierminister, an den Verteidigungsminister und an die Vizepremierminister geschickt hatte. Der Generalstabschef schrieb in diesem Brief, **es sei ein Ding der Unmöglichkeit, gleichzeitig den Militärdienst abzuschaffen, das Verteidigungsbudget während fünf Jahren einzufrieren und bei all dem den Verpflichtungen der NATO nachzukommen.**

Schlussfolgerungen

Das Ende des kalten Krieges, der technische Fortschritt und die soziokulturelle Entwicklung haben das Ende des Zeitalters der Massenheere eingeleitet. In den meisten Ländern, in denen die allgemeine Wehrpflicht noch weiter besteht, d.h. fast überall in Kontinentaleuropa, ist die Diskussion über deren Abschaffung im Gange. Unter diesen Staaten ist Belgien jenes Land, welcher sich als erstes entschlossen hat, sehr schnell den Schritt zur Schaffung einer Berufsarmee zu tun.

Die belgische Verteidigungspolitik hat selten das Interesse aller grösseren Parteien Belgiens auf sich gezogen.

Am 3. Juli letzten Jahres entschied die belgische Regierung auf Antrag des Verteidigungsministers *Léo Delcroix* und gegen die Empfehlung des Generalstabes, die tiefstgreifende Reform der belgischen Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg in Angriff zu nehmen.

Dieser Plan sieht vor, die Militärdienstpflicht ab Januar 1994 abzuschaffen, die Militärausgaben einzufrieren, die Bestände der belgischen Streitkräfte zu halbieren und zu professionalisieren.

Angesichts der sehr kurzen Übergangsperiode und der Budgetzwänge ist ein Erfolg des Restrukturierungsplans bei weitem nicht gesichert.

Ohne Marktstudie über die Rekrutierung von Kurzzeit-Freiwilligen kann unmöglich prognostiziert werden, ob es den belgischen Streitkräften gelingen wird, eine genügend grosse Zahl von Rekruten anzuziehen und zu behalten.

Man spricht jetzt schon davon, die Bestände weiter zu senken und damit das Stellenangebot der tatsächlichen Nachfrage anzupassen.

In diesem Kontext ist die Idee der Schaffung eines Gemeinschaftsdienstes auf freiwilliger Basis sehr verlokkend. Ein solcher Dienst brächte den Streitkräften den Vorteil, über eine gut qualifizierte Personalreserve verfügen zu können. Damit wäre die Gefahr einer «Armee in der Armee», um mit *Louis Tobback,* dem jetzigen Innenminister und einem Gegner der Schaffung professioneller Streikräfte zu sprechen, beseitigt.

Aber die Organisation eines solchen Gemeinschaftsdienstes würde der Armee nicht nur Vorteile bringen. Am meisten profitieren würde dabei zweifelsohne die belgische Gesellschaft als Ganzes. Er würde tatsächlich eine Reihe sozialer Bedürfnisse lösen, die bei der heutigen und auch künftigen angespannten Finanzlage wohl kaum durch klassische Arbeitsplätze abgedeckt würden.

Schliesslich wäre die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes auch ein Mittel, um der von den meisten Parteien aufgegriffenen Idee eines neuen Bürgersinns konkrete Gestalt zu geben.

Anmerkungen

[1] Restructuration des Forces Armées Belges: Etude de l'Etat-Major Général. Bruxelles: EMG, November 1992, S. 3.

[2] Ursprünglich handelte es sich um 99 Mrd.

[3] Es handelt sich um ein multinationales Korps, bestehend aus 4 belgischen, einer deutschen und einer amerikanischen Brigade.

[4] Quelle: Cabinet du MDN, Restructuration des Forces Armées Belges, op. cit. *André Demoulin,* «La restructuration des forces armées», Courier Hebdomadaire du CRISP, n° 1383–1384, 1992.

[5] Total 72 Flugzeuge und eine operationelle Reserve von 18 F-16.

[6] Quelle: *Demoulin,* op. cit., p. 41.

[7] Quelle: *De Morgen,* 16 déc 1992, p. 2.

[8] Zitat des belgischen Generalstabes, S. 54.

[9] Die zivile Komponente im Verteidigungsministerium wird sich dadurch von heute 6,06% auf 11,11% erhöhen. Quelle: Restructuration des Forces Armées Belges, op. cit., p. 7.

[10] Vgl. dazu, *P. Manigart,* «The decline of the mass armed forces in Belgium, 1900–1985», S. 37-64 in Forum International 9, hg. vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, München.

[11] Meinungsbefragung zuhanden des Generalstabes (JSP-V) durch INRA-(ECO)-Marketing Unit bei 1000 Personen im Januar 1993.

[12] Studie des Generalstabes, op. cit., S. 25.

[13] op. cit. S. 25.

[14] Beispielsweise gab es im Mittel 400 Informatiker mit Universitätsabschluss unter den jährlich Eingezogenen. Quelle: Interview mit Général *Charlier,* in: Talent, 6. Febr. 1993, S. 1.

[15] Belgien hat zweimal versucht, seine operativen Streitkräfte zu professionalisieren: 1960 und 1974. Beide Versuche beruhten auf dem System von Freiwilligen mit kurzen Verpflichtungszeiten. Die Versuche scheiterten z.T. weil die Kurzzeit-Verträge nicht den Interessen von potentiellen Kandidaten entsprechen. Diese erwarten vor allem Arbeitsplätze, die längerfristige Sicherheiten offerieren.

[16] Vgl. dazu, *P. Manigart, E. Marlier* et *H. Stiers,* «La satisfaction au travail parmi le personnel des Forces Armées Belges», S. 110–131 in: Proceedings of the International Conference on Job Satisfaction and Deviant Behavior in Civilian and Military Settings: Experiences from NATO Countries, Bruxelles: E.R.M./C.E.D., 1990.

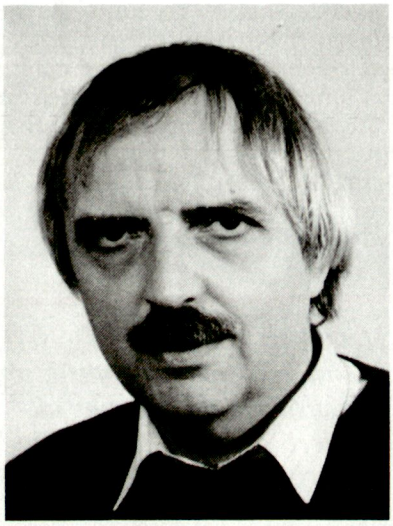
[17] Vgl. dazu, *P. Manigart,* Les Forces Armées Belges en transition: une analyse sociologique. Bruxelles: Institut de Sociologie de l'ULB, 1985.

[18] Vgl. einleitende Bemerkungen von *K. Haltiner.*

[19] Zitat nach *Demoulin,* op. cit., S. 48.

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 434 / 1954

Die Streitkräftereform in den Niederlanden



Dr. iur. Johan George van de Vijver, Direktor der niederländischen Stiftung «Gesellschaft und Streitkräfte» (Stichting Maatschappij en Krijgsmacht) und Generalsekretär des zivilen Beirates für die Streitkräfte, Den Haag.

Einleitung

«Kein Geld, kein Schweizer» besagt eine niederländische Redensart. Sie meint: Wer kein Geld hat, bekommt auch keine Leute, die einem helfen. Die Redensart stammt aus der Zeit, als Schweizer überall in Europa als Söldner tätig waren und es vielen Staaten ohne Schweizer Soldaten nicht gelungen wäre, eine Armee aufzustellen. Auch die Niederlande gehörte zu diesen Staaten. Erst im Jahre 1829 hat man ganz auf Schweizer Söldner verzichtet. Seitdem erfüllte die Wehrpflicht bis heute den Zweck, die Streitkräfte mit Personal zu versorgen. Die Wehrpflicht war wegen der hohen Anzahl Soldaten, welche man benötigte, unentbehrlich. Das hat sich jetzt geändert.

Wir leben in einer Zeit, in der sich viele Werte gewandelt haben, alte Drohungen verschwunden und durch neue ersetzt worden sind bzw. werden. Die «Wende», der Fall der Mauer in Berlin am 8. Dezember 1989, die Auflösung des Warschauer Paktes, die beginnende Demokratisierung der Länder des ehemaligen Ostblocks und der Zerfall der Sowjetunion zeugen davon. 1989 bis 1991 gab es eine kurze Phase der Hoffnung auf einen ständigen Weltfrieden, und es entstanden Pläne zur Reduzierung der Streitkräfte überall in Europa. Man wollte so schnell wie möglich die sogenannte Friedensdividende kassieren. Der Golfkrieg und das Wiedererwachen des Nationalismus mit entsprechenden Konflikten in Osteuropa zerschlugen diese Hoffnung. Trotz dieser ernüchternden Entwicklung hat sich die sicherheitspolitische Lage der Niederlande und des gesamten Westens ohne jeden Zweifel verbessert. Die (mögliche) militärische Konfrontation mit einer Grossmacht ist vorbei.

Die veränderte Lage in der Welt macht es möglich und notwendig, dass sich der Auftrag der niederländischen Streitkräfte dieser Lage anpasst. Nach Ansicht der niederländischen Regierung liegt die Priorität wegen der veränderten Bedrohungslage heute nicht mehr in der Landesverteidigung, sondern im Schutz des Friedens und in humanitären Aktionen. Im März 1991 veröffentlichte der Verteidigungsminister der Niederlande, *Relus ter Beek*, ein Weissbuch mit dem Titel: «Umbau und Verkleinerung: Die niederländischen Streitkräfte in einer sich verändernden Welt». Darin wird eine neue Aufgabenstellung und eine grundlegende Reform der Streitkräfte vorgeschlagen. In der niederländischen Gesellschaft, der Presse, im Parlament, aber auch in den Streitkräften wurde heftig diskutiert, ob diese Änderung des Auftrags rechtens sei. Berufssoldaten behaupteten: «Ich habe mich nur für eine Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses verpflichtet, und ich bin nicht beim Militär, um ausserhalb des NATO-Gebietes zwischen kämpfende Minderheiten zu treten.» Diese Behauptung war und ist gemessen an der Verfassung falsch. Diese weist den Streitkräften drei Hauptaufgaben zu:

- Landesverteidigung,
- dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit dienen,
- humanitäre Aktionen.

In der Praxis handelt es sich um Verteidigungsaufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses und um Beiträge zur Friedensförderung durch Blauhelmeinsätze.

Schon in der Phase der Konzeption der neuen Verteidigungspolitik, also noch vor dem Reformbeschluss, wurden niederländische Einheiten mit neuen Aufgaben konfrontiert. Die Niederlande haben drei Teilstreitkräfte: Marine, Heer und Luftwaffe. Diese haben mit bestimmten Verbänden am Golfkrieg teilgenommen und danach humanitäre Hilfe zugunsten der Kurden im Nord-Irak geleistet. Des weiteren werden seit 1992 Marineinfanteristen in Kambodscha und Fernmeldetruppen des Heeres im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt.

Bestehendes Wehrsystem

Die niederländischen Streitkräfte präsentieren sich heute, d.h. in der Vorreformphase, wie folgt:

Personal	Wichtigste Rüstungsgüter
Marine	
15 500 Berufssoldaten	14 Fregatten
1 500 Wehrpflichtige	(+8 im Bau befindlich)
5 500 Zivilbeamte	2 Tanker/Versorger
Insgesamt: 22 500	4 U-Boote
	(+2 im Bau befindlich)
	25 Minensuchboote
	13 U-Bootjagdflugzeuge
	22 seegestützte Hubschrauber
Luftwaffe	
13 000 Berufssoldaten	200 F-16-Jagdflugzeuge
4 250 Wehrpflichtige	90 Hubschrauber
2 750 Zivilbeamte	8 Staffeln Patriots/
Insgesamt: 20 000	Hawks
	12 Transportflugzeuge
Heer	
24 000 Berufssoldaten	950 Kampfpanzer
41 000 Wehrpflichtige	1250 gepanzerte
12 000 Zivilbeamte	Transportfahrzeuge
Insgesamt 77 000	850 Panzerhaubitzen
	(Artillerie)

Zusätzlich existiert eine Militärpolizei (1990: 4000 Personen): Im Verteidigungsministerium arbeiten zirka

4750 Zivilbeamte und Soldaten. Das Heer besteht aus einem Korps, dem 1. Heereskorps. Es bildet den niederländischen Beitrag an die NATO. Der Sektor, den das Heereskorps verteidigen müsste, liegt in der Norddeutschen Tiefebene. Er ist etwa 100 km breit und 170 km lang. Diese Ebene eignet sich besonders für schnelle Angriffe. In Friedenszeiten umfasst das Korps etwa 34000 Mann; im Verteidigungsfall könnte es auf etwa 90000 aufgestockt werden. Das Korps besteht aus zwei einsatzbereiten Divisionen, einer Infanteriedivision und einer Infanteriebrigade. Neben diesen Kampfeinheiten verfügt es zusätzlich über eine Anzahl von Verbindungs- und Versorgungseinheiten.

Insgesamt beträgt die Status-Quo-Präsenzstärke der niederländischen Streitkräfte 128500 Personen, bestehend aus:

56500 Berufssoldaten
47500 Wehrpflichtige
24500 Zivilbeamte

Aufhebung der Wehrpflicht

Das Heer ist nicht in der Lage, alte und neue Aufgaben zugleich zu erfüllen. Ursache dafür ist das bestehende Wehrsystem. Mehr als die Hälfte des Personals des Heeres umfasst Wehrpflichtige.

Heute wird, obwohl es gesetzlich möglich ist, in Politik und Gesellschaft nicht mehr akzeptiert, dass Wehrpflichtige ausserhalb des NATO-Gebietes unfreiwillig zu friedensschaffenden und friedenserhaltenden Massnahmen im Rahmen von Blauhelmeinsätzen herangezogen werden. Es herrscht die Auffassung vor, die Wehrpflicht sei eng mit der direkten Landesverteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses verbunden. Es finden sich heute auch nicht genügend freiwillige Wehrpflichtige für Einsätze ausserhalb des NATO-Gebietes, jedenfalls nicht, wenn es sich um Friedensschaffung mit Kampfaufträgen handelt.

Die Regierung und inzwischen auch die grosse Mehrheit des Parlaments hat aus dieser Situation die Konsequenzen gezogen: **die Wehrpflicht wird aufgehoben.** Dabei stellen sich zwei Probleme, ein juristisches und ein praktisches:

1. Muss die Verfassung, welche festlegt, dass die Streitkräfte aus Freiwilligen und Wehrpflichtigen bestehen, geändert werden?

2. Können auf dem Arbeitsmarkt Zeitsoldaten in genügender Zahl und Qualität angeworben werden?

Müsste die Verfassung geändert werden, so sind Neuwahlen und eine anschliessende Zweidrittelmehrheit für die Veränderung im Parlament zwingend – eine Prozedur, die den Umbau der Streitkräfte ernsthaft verzögern könnte. Da alle grossen Parteien hinter den vorgeschlagenen Änderungen stehen (lediglich einige Splitterparteien opponieren der Aufhebung der Wehrpflicht), sieht die Regierung keine ernste Hindernisse für das Reformprozedere.

Heute wird, obwohl es gesetzlich möglich ist, in Politik und Gesellschaft nicht mehr akzeptiert, dass Wehrpflichtige ausserhalb des NATO-Gebietes unfreiwillig zu friedensschaffenden und friedenserhaltenden Massnahmen im Rahmen von Blauhelmeinsätzen herangezogen werden.

Im Januar 1993 erschien das erwähnte Weissbuch des Verteidigungsministeriums. Es legt die neuen Prioritäten der niederländischen Verteidigungspolitik im einzelnen dar.

Vorgesehene Reform

Kernpunkte der geplanten Reform sind:

■ **Verkleinerung der Streitkräfte.** Das reduzierte Heer soll inskünftig aus hochmobilen, leichten und voll präsenten Einheiten bestehen. (Anpassung an neue internationale Aufgaben)

■ **Aufhebung der Wehrpflicht ab 1998.** Die gesetzlichen Bedingungen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht im Not- bzw. Ernstfall werden nicht aufgehoben.

Zeitsoldaten (zumeist mit zweijähriger Verpflichtung) werden an die Stelle der Wehrpflichtigen treten. Zeitsoldaten können länger und besser ausgebildet werden. Als Freiwillige können sie problemlos auch ausserhalb des NATO-Gebietes eingesetzt werden.

Die Reform richtet die Streitkräfte schwergewichtig auf Einsätze zur Friedensschaffung und -erhaltung aus. Alle Einheiten müssen dafür einsatzfähig und einsatzbereit sein. Die niederländischen Streitkräfte sollen sich gleichzeitig an vier UN-Operationen beteiligen können mit Einheiten in der Stärke von je einem Bataillon, zwei Fregatten oder einer Staffel Jagdflugzeugen. Wenn nötig, müssen die vier Operationen gleichzeitig drei Jahre lang durchgehalten werden können. Als Richtwert gilt: das Personal soll ein halbes Jahr im Einsatzgebiet und danach ein Jahr lang in den Niederlanden verweilen.

Die Aufgabe der Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses bleibt bestehen. Die Einheiten, die diesen Auftrag zu erfüllen haben, werden jedoch stärkenmässig markant schwächer sein als vor 1989. Zum grössten Teil handelt es sich um mobilmachungsabhängige Verteidigungskräfte.

De facto beteiligen sich die Niederlande schon heute mit einem Bataillon Marineinfanteristen in Kambodscha sowie einem Fernmelde- und Transportbataillon bei UNO-Operationen im ehemaligen Jugoslawien. Vor der dalmatinischen Küste liegen zwei niederländische Fregatten und eine Staffel Jagdflugzeuge, welche das Flugverbot über Bosnien überwachen.

Freiwillige Wehrpflichtige

Die Aufhebung der Wehrpflicht wird nicht, wie in Belgien, möglichst rasch erfolgen. Der Übergang soll sich bis 1998 hinziehen. Bis 1994 beträgt die Dienstzeit 12 Monate (hiervon 3 Monate Grundausbildung), danach wird sie bis zur Abschaffung auf 9 Monate reduziert. Der Hauptgrund für diesen allmählichen Übergang liegt in der Annahme, dass es unmöglich sei, kurzfristig genügend Freiwillige anzuwerben und gleichzeitig das Heer umzustrukturieren und neu auszurichten.

Die Debatte um die Wehrpflicht in den Niederlanden kreist seit den 60er Jahren um ein Thema: die Auswahl der Wehrdienstleistenden aus der Menge aller Diensttauglichen. Aufgrund der Sollstärke der Armee konnte etwa die Hälfte aller diensttauglichen Wehrpflichtigen niemals

zum Militärdienst herangezogen werden. Das Überangebot an Wehrpflichtigen führte somit zu einer Wehrungerechtigkeit. Eine ausreichende Kompensation dafür hat es nie gegeben, weder finanziell, noch durch Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt für jene Wehrpflichtige, welche zum Wehrdienst herangezogen wurden. Es hat in den Niederlanden auch nie wie in der Schweiz eine Wehrsteuer existiert für Männer, die nicht eingezogen wurden.

Durch die sukzessive Reduzierung des Heeres wird die Wehrungerechtigkeit kurzfristig sogar noch zunehmen, weil ein immer geringerer Anteil der Diensttauglichen die Dienstzeit, wenn auch verkürzt, ableisten muss. Dies wird von 1994 bis 1998 der Fall sein, wenn immer weniger Wehrpflichtige herangezogen und immer mehr Zeitsoldaten verpflichtet werden.

Zunächst war der Verteidigungsminister der Meinung, er könne das Gerechtigkeitsproblem ohne zusätzliche Massnahmen lösen. Nach Protesten der Wehrpflichtigen-Gewerkschaft, einem parlamentarischen Antrag und einer Empfehlung des aus Zivilisten bestehenden Streitkräfte-Beirates wird jetzt erwogen, nur noch Diensttaugliche zum Wehrdienst heranzuziehen, welche diesen freiwillig ableisten wollen. Hierfür sind Kompensationsmassnahmen notwendig: Wenn es auf diese Weise nicht gelingen sollte, eine ausreichende Zahl Wehrdienstleistender anzuwerben, werden zurückgestellte Wehrpflichtige herangezogen.

Die Reaktion der niederländischen Bevölkerung auf die Aufhebung der Wehrpflicht

Mit der Aufhebung der Wehrpflicht wird das Problem der ungerechten Auswahl Wehrdienstleistender beseitigt. Dies ist ein praktisches Argument, aber auch das Argument schlechthin. Die Argumente für die Wehrpflicht sind heute nicht mehr zeitgemäss. Die Verankerung der Streitkräfte in der Bevölkerung wird sich möglicherweise leicht abschwächen. Die in der niederländischen Gesellschaft tief verwurzelte Demokratie und die demokratische Gesinnung des niederländischen Berufssoldaten werden indessen eine ausreichende politische Kontrolle über die Streitkräfte sicherstellen. Davon ist auch der Verteidigungsminister, der sich zuvor als «Gläubiger» der allgemeinen Wehrpflicht dargestellt hatte, überzeugt. Ausserdem: nicht die Verankerung der Streitkräfte in der Bevölkerung wird verschwinden, sondern die Verankerung der Wehrpflicht!

In Umfragen zeigt sich ein deutlicher Trend: Vor dem Beschluss bekannte sich eine ziemlich grosse Bevölkerungsmehrheit (55%) für die Wehrpflicht, danach eine genau so grosse Mehrheit dagegen. Die Wende ergab sich, als deutlich wurde, dass die Bedrohung durch den Ostblock verschwunden war und der Einsatz Wehrpflichtiger gegen ihren Willen ausserhalb des NATO-Gebietes nicht akzeptiert wird. Im Dezember 1992, also noch bevor die Pläne der Regierung offiziell bekannt gemacht wurden, stimmten 70% der Bevölkerung der Aufhebung der Wehrpflicht zu.

Zielgrössen für die restrukturierten Streitkräfte

Nach der Reform werden die Streitkräfte den folgenden Umfang haben:

Personal	Wichtigste Rüstungsgüter
Marine	
13000 Berufssoldaten	16 Fregatten
4500 Zivilbeamte	2 Tanker/Versorger
Insgesamt: 17500	4 U-Boote
	1 Truppentransportschiff
	17 Minensuchboote
	13 U-Bootjagdflugzeuge
	22 seegestützte Hubschrauber
Luftwaffe	
11000 Berufssoldaten	122 F-16-Jagdflugzeuge
2250 Zivilbeamte	12 Transportflugzeuge
Insgesamt: 13250	60 Hubschrauber
	40 Kampfhubschrauber
	12 Staffeln Hawks/ Patriot
Heer	
25500 Berufssoldaten	330 Kampfpanzer
10500 Zivilbeamte	400 gepanzerte
Insgesamt: 36000	Transportfahrzeuge
	250 Spähfahrzeuge
	450 Panzerhaubitzen (Artillerie)

Das selbständige niederländische Heereskorps wird in ein deutsch-niederländisches Korps integriert, das Teil der Hauptverteidigungskräfte der NATO bildet. Das niederländische Heer wird dem Korps eine Division, Deutschland zwei unterstellen. Die Stabsstellen im Korps werden jeweils zur Hälfte mit niederländischen bzw. deutschen Offizieren besetzt. Das Kommando über das Korps wechselt zwischen einem deutschen und einem niederländischen General. Die zu dem Korps gehörenden niederländischen Truppen werden auch künftig in den Niederlanden stationiert sein. Im Jahre 2000 wird die Militärpolizei aus 3600 Personen und das zentrale Verteidigungsministerium aus 3200 Personen bestehen.

Die Wehrreform zeitigt für das Heer die grössten Konsequenzen: eine Halbierung der Stärke und neue Aufgaben ausserhalb des NATO-Gebietes. Die ständigen Übungen in der Norddeutschen Tiefebene weichen dem aktiven Einsatz in Krisengebieten. Marine und Luftwaffe werden ihre Strukturen zum grössten Teil beibehalten, jedoch leicht angepasste Aufgabenstellungen erhalten.

Ausbildung und Personalbeschaffung auf dem Arbeitsmarkt

Die Reform wird sich auch auf die Ausbildung des Soldaten und die Ausbildungsinfrastruktur auswirken. So wird es insbesondere notwendig sein, die Zusammenarbeit zwischen den Teilstreitkräften zu intensivieren,

Obwohl auch Geldmittel aus dem Budget des Ministeriums für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, erwies sich bisher die Durchführung von Friedensoperationen für das Verteidigungsministeriums als wesentlich kostenaufwendiger als geplant.

weil sich die Zahl der auszubildenden Personen verringert. Derzeit wird untersucht, auf welche Weise die schon bestehende Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Universitäten und den Führungsakademien der Teilstreitkräfte erweitert werden kann.

Die neuen Aufgaben (Friedensbewahrung und Friedensförderung) machen Anpassungen der Ausbildungsziele notwendig. 1992 wurde das Zentrum für Friedensoperationen («het centrum voor Vredesoperaties») errichtet. In ihm sollen jährlich etwa 2000 künftige UN-Soldaten ausgebildet werden. Im Vordergrund stehen dabei nicht nur spezifisch militärische Aspekte der neuen Aufgaben (zum

Beispiel Übungen mit scharfer Munition), sondern auch der Unterricht über die soziokulturellen Eigenheiten des Landes, in welchem der Einsatz zu erfolgen hat. Die neuen Zeitsoldaten werden nicht nur militärisch, sondern auch zivilberuflich ausgebildet, damit sie nach Ende ihrer Militärverpflichtungen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Der Erwerb von zivil anerkannten Diplomen soll möglich werden. Hierfür werden innerhalb der Armee sogenannte «Zentren für Erziehung» eingerichtet. All diese Massnahmen zielen darauf ab, den Reiz für eine Militärlaufbahn zu erhöhen. Nach der derzeitigen Planung sollen jährlich 9300 Zeitsoldaten angeworben werden.

Dieser hohe Bedarf von anzuwerbenden Zeitsoldaten stellt insofern ein Problem dar, als die Bedarfsdeckung keineswegs gewährleistet ist. Gesucht werden Personen für zwei- bis vierjährige Zeitverträge. Die Verlängerung des Vertrages soll ebenso möglich sein wie die Ausbildung zum Berufsunteroffizier oder sogar Berufsoffizier. Erschwert wird die Anwerbung durch die Tatsache, dass das Ansehen der Streitkräfte wie auch der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber gering ist.

Wie die Anwerbung aussehen könnte, ist schon jetzt teilweise abzusehen. Vor einem Jahr wurde eine luftbewegliche Brigade aufgestellt, die vollständig aus Berufssoldaten besteht. Ihr Image ist das einer Eliteeinheit, deren rote Berets man sich verdienen muss. Hieraus ergibt sich ein hohes Ansehen für diese Einheit. Der Erfolg der Anwerbung (u.a. durch Fernsehwerbung) für Stellen in den kämpfenden Einheiten ist mehr als zufriedenstellend. Weniger gut bestellt ist es um die Anwerbung von Soldaten in den logistischen Arbeitsbereichen. Da die Werbung im Fernsehen suggestiv das Abenteuer in den Vordergrund stellt, bewerben sich zu wenig Interessenten für eine Ausbildung z.B. als Koch oder als Monteur. Dieser Sachverhalt ist letztlich paradox, denn die Ausbildung, welche die «logistischen» Soldaten während ihrer Dienstzeit erhalten, ist in zivilen Berufen eher gefragt als die von Combat-Soldaten.

Im Weissbuch zeigt der Minister sich optimistisch, Männer und Frauen in genügender Zahl für die Streitkräfte interessieren zu können. Angesprochen werden insbesondere sozial unterrepräsentierte und unterprivilegierte Gruppen für eine Arbeit in den Streitkräften: Frauen, ethnische Minderheiten und junge Leute, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben.

Budget

Im Jahre 1990 belief sich das Verteidigungsbudget auf 14,1 Milliarden Gulden (etwa 12 Milliarden Schweizer Franken). Nach Planung hätte dieses Budget bis 1994 jährlich um 2% erhöht werden sollen. Das ist indessen nicht der Fall. Ab 1994 beträgt das Budget etwa 13,5 Milliarden Gulden, und es wird sich bis zum Jahre 2003 auf diesem Niveau stabilisieren. Aus der Reduzierung der Streitkräfte erhofft man sich Einsparungen. Durch die Änderung der Aufgaben der Streitkräfte sind aber auch hohe Investitionen erforderlich. Zur Erhöhung der Flexibilität der Einheiten müssen u.a. neue Transportflugzeuge und ein amphibisches Transportschiff beschafft werden. Obwohl auch Geldmittel aus dem Budget des Ministeriums für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, erwies sich bisher die Durchführung von Friedensoperationen für das Verteidigungsministerium als wesentlich kostenaufwendiger als geplant.

Angesprochen werden insbesondere sozial unterrepräsentierte und unterprivilegierte Gruppen für eine Arbeit in den Streitkräften: Frauen, ethnische Minderheiten und junge Leute, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben.

Reaktionen auf die Streitkräftereform

Das Parlament stimmte den Plänen des Verteidigungsministers mit grosser Mehrheit zu. Einige Oppositionsparteien und die Regierungspartei – die Christdemokraten (CDA) – fürchteten jedoch, die Blauhelmeinsätze könnten die Erfüllung der Hauptaufgabe, Schutz des NATO-Territoriums, gefährden. Deshalb wurde vorgeschlagen, statt der geplanten vier, fünf einsatzbereite Heeresbrigaden zu bilden. Wegen der zusätzlichen Kosten (jährlich etwa 400 Millionen Gulden) erhielt dieser Vorschlag jedoch keine parlamentarische Mehrheit. Aus diesem Grund wird diese Brigade im wesentlichen auf dem Papier aus Reservisten bestehen. Die Abschaffung der Wehrpflicht bewirkte im Parlament kaum eine Debatte, sie wurde rasch akzeptiert. Zunächst entstand eine Diskussion über die Dauer der Übergangsperiode (fünf Jahre). Aber auch dieser Plan erhielt Zustimmung, nachdem der Minister deutlich gemacht hatte, dass eine Kürzung der Übergangsphase viele Entlassungen zur Folge haben würde.

Wie schon erwähnt, steht die Bevölkerung hinter der Wehrreform. 80% der Niederländer betrachten friedensfördernde und friedenserhaltende Massnahmen als sehr wichtige Aufgaben der Streitkräfte. Die «alte» Aufgabe – «Kriegführung» – wird nur noch von 51% der Bevölkerung als «sehr wichtig» eingestuft. Die allgemeine Zustimmung zur Umstrukturierung und Reduzierung der Streitkräfte bedeutet jedoch keineswegs, dass deren Folgen überall akzeptiert würden. In bestimmten Regionen der Niederlande sind die Streitkräfte wirtschaftlich von grosser Bedeutung. Der Abzug der aufgehobenen Einheiten könnten zu steigender (lokaler) Arbeitslosigkeit führen. Bisher ist noch unklar, ob in diesen Gegenden Kompensationsmassnahmen ergriffen werden.

In den Streitkräften selbst haben die Pläne des Ministers zu Unruhe unter den Berufssoldaten geführt, da erstmals die Möglichkeit von Entlassungen besteht. Im Weissbuch wird die Zahl der zu Entlassenden auf zirka 1500 Personen geschätzt. Bei der Behandlung des Weissbuches im Parlament sagte der Verteidigungsminister zu, diese Zahl auf 950 zu reduzieren. Momentan wird versucht, ältere Soldaten vorzeitig in den Ruhestand bzw. in andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu versetzen.

Einige Paradoxa

Das neue Weissbuch spricht vom «Paradoxon der internationalen Entspannung». Während des kalten Krieges war es niemals notwendig, die Streitkräfte tatsächlich einzusetzen. Jetzt befinden wir uns in einer Ära, die mit Blick auf die gestiegene Anzahl von Krisenherden auf der Welt als «Heisser Frieden» bezeichnet werden kann. Heutzutage stehen nicht weniger als 2700 niederländische Soldaten tatsächlich im Einsatz. Dieser stellt für

die beteiligten Soldaten ein wesentlich realeres und greifbareres Risiko dar, als das kaum zu fassende Risiko einer Massenvernichtung durch nukleare Waffen, welches besonders in den 80er Jahren so viele Debatten und Massendemonstrationen heraufbeschworen hatte. Bisher führten die UNO-Missionen glücklicherweise noch zu keinen Todesopfern, wohl aber schon zu einigen Schwerverletzten.

Die konservativen und die progressiven politischen Strömungen in den Niederlanden (und sogar manche ehemalige Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer) stehen für einen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsatz der Streitkräfte in Krisenherden wie Bosnien ein. Im «progressiven» politischen Lager, also bei den Linken, gibt es deshalb kaum Verständnis für Soldaten, die sich weigern, ausserhalb des NATO-Gebietes, also bei UN-Missionen, eingesetzt zu werden. Konservative Politiker zeigen hier mehr Verständnis. Sie und einige Gewerkschaften der Berufssoldaten plädieren für eine soziale Regelung zur Entlassung dieser neuen Kategorie von Dienstverweigerer. Ein Seelsorger beim Heer hat sogar den Vorschlag eingebracht, den Soldaten selbst die Wahl zwischen dem Dienst NATO-Einheiten oder UN-Einheiten zu lassen.

Die Aufhebung der Wehrpflicht führt zum Paradoxon, dass zur selben Zeit Personal entlassen und Personal angeworben werden muss, dass sowohl Entlassungen als auch Anwerbungen nicht unproblematisch sind. Früher hatten einige Gewerkschaften der Berufssoldaten regelmässig behauptet, die Wehrpflichtigen würden Arbeitsplätze von Berufssoldaten besetzen. Diesen «Vorwurf» hört man heute nicht mehr. Er wäre jedenfalls kein Argument für die Abschaffung der Wehrpflicht. Ganz im Gegenteil: die ständig wechselnden Wehrpflichtigen gewährleisteten Arbeit für die vielen Berufssoldaten, welche die Wehrpflichtigen auszubilden hatten. Es ist heute eines der Argumente der Regierung, die Wehrpflicht noch weitere fünf Jahre andauern zu lassen. Es hat aber auch den Vorwurf heraufbeschworen, das Militär benötige die Wehrpflichtigen in der Übergangsperiode (1994–1998) nur, um die Berufssoldaten vor Arbeitslosigkeit zu schützen.

Weder die alten, noch die neuen Paradoxa haben langfristig die Meinung der Bevölkerung zu den Streitkräften gewendet: Vor etwa 30 Jahren befürworteten in den Niederlanden etwa 80% der Bevölkerung die Existenz von Streitkräften, heute sind es ungefähr 67%.

Sicherheits- und wehrpolitische Aspekte der Heeresreform in Österreich

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 434 / 1959

Oberst Mag. phil. Udo Rumerskirch, Leiter der Wehrpädagogischen Abteilung der Landesverteidigungsakademie Wien.

Vorbemerkung

Durch die sich in einem sehr kurzen Zeitraum völlig veränderte sicherheitspolitische und militärstrategische Situation in Europa befindet sich Österreich unvermutet gleichsam in der Rolle eines östlichen Vorpostens der westeuropäischen Staatengemeinschaft. Dazu kommt, dass die österreichische Sicherheitspolitik das erste Mal seit vielen Jahrzehnten ohne von aussen formal auferlegten Restriktionen gefordert ist, Entscheidungen zu treffen, die weit in eine relativ ungewisse Zukunft reichen. Das österreichische Bundesheer ist davon in vielfacher Weise betroffen.

Zur aktuellen sicherheitspolitischen Lage

Der territoriale Bereich des ehemaligen Warschauer Paktes ist gleichsam in Sektoren zerfallen, die sich, unmittelbar an der österreichischen Ostgrenze beginnend, als Konfliktzonen von Norden nach Süden wie Korridore vor den relativ stabilen Teil Westeuropas schieben. Zum ersten Sektor könnten die ostmitteleuropäischen Staaten Rumänien, Bulgarien, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn zählen; zum zweiten das Baltikum, Weissrussland, Moldavien und die Ukraine und zum dritten Sektor die Kaukasusregion. Von West nach Ost besteht ein wirtschaftliches Gefälle und umgekehrt ein militärisch-kräftemässiges. Sollte sich die Situation in diesem Raum verschärfen, so wäre Österreich, das wie eine «westliche Halbinsel» in die europäischen Krisenregionen ragt, unmittelbar davon betroffen.

Österreich grenzt an die Konfliktzone(n) eines aus den ersten beiden Sektoren neu entstehenden «Zwischeneuropas». So ist beispielsweise die Entfernung von Wien zur ukrainischen Grenze mit etwa 440 Kilometer geringer als jene zur österreichischen Landeshauptstadt Bregenz mit rund 500 Kilometer. 1259 Kilometer oder 46,52 Prozent seiner insgesamt 2706,4 Kilometer langen Staatsgrenze teilt Österreich mit ehemals kommunistischen Staaten. Österreich hat als einziger Staat Westeuropas vier Nachbarn aus diesem Bereich.

Der Wiener Raum, das Gebiet mit dem grössten Bevölkerungsanteil, liegt unmittelbar an der Ostgrenze und ist von dort operativ leicht zu erreichen. Österreich liegt an der Bruchlinie des de facto immer noch geteilten Kontinents, an der Wohlstandsgrenze zwischen Ost und West, umgeben von Konfliktpotentialen und bleibt Durchzugsland. Österreich ist daher an einer funktionsfähigen und effizienten europäischen Sicherheitspolitik äusserst interessiert. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen lassen in den kommenden Jahren eine Vielzahl möglicher Krisensituationen erwarten, wobei Österreich auch in Zukunft für seine Sicherheit selbst sorgen muss.

Die gegenüber früher gänzlich veränderte Bedrohung erfordert eine entsprechende Adaptierung der militärischen Konzeption. Die im Raumverteidigungskonzept im Vordergrund gestandene Verteidigung aus in der Tiefe des Raumes gestaffelten Schlüsselzonen war die Antwort auf die Bedrohung eines Durchmarsches. Damit sollte in Form einer Kosten-Nutzen-Rechnung ein möglicher Aggressor, dessen eigentliches Angriffsziel ausserhalb von Österreich gelegen hätte, abgehalten und zu einer Umgehung österreichischen Territoriums bewogen werden.

Derzeit werden militärische Bedrohungen der österreichischen Grenzen lediglich im Zuge des Ausuferns bewaffneter Konflikte in der Nachbarschaft für wahrscheinlich erachtet. Sofern es dabei bleibt, wird Österreich zum erstenmal in der Geschichte der Zweiten Republik in der Lage sein, diese Art von militärischen Bedrohungen aus eigener Kraft zu bewältigen. Nun stehen der Schutz der Grenzen in Form eines Sicherungseinsatzes oder räumlich begrenzten Abwehrkampfes in meist für eine Verteidigung ungünstigem Gelände im Vordergrund. Diese neue Lage erfordert leichtgepanzerte, bewegliche – auch luftbewegliche – infanteristische Kräfte.

Zum Wehrsystem

Gemäss Wehrgesetz ist das Bundesheer als bewaffnete Macht der Republik Österreich nach den Grundsätzen eines Milizsystems eingerichtet. Das Bundesheer wird aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet und ergänzt. Wehrpflichtig sind alle österreichischen männlichen Staatsbürger, die das 17. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Für Offiziere, Unteroffiziere sowie Spezialkräfte auf den Gebieten der Technik, des Sanitätswesens, des Seelsorgedienstes und der Fremdsprachen endet die Wehrpflicht mit Ablauf des Jahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. Der ordentliche Präsenzdienst umfasst den Grundwehrdienst und die Truppenübungen.

Zum Grundwehrdienst sind alle Wehrpflichtigen angehalten, die das

35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Zur Erhaltung des Ausbildungsstandes und zur Unterweisung in Einsatzaufgaben dienen Truppenübungen. Die Heranziehung zu einer Truppenübung in der Dauer von maximal 30 Tagen ist auch unmittelbar im Anschluss an die sechs Monate Grundwehrdienst möglich. Die Dauer der einzelnen Truppenübungen wird nach den jeweiligen militärischen Erfordernissen festgelegt, soll jedoch in der Regel im Kalenderjahr 15 Tage nicht überschreiten. Grundsätzlich sollen die Einberufungen zu den Truppenübungen so erfolgen, dass die Wehrpflichtigen bis zur Vollendung ihres 30. Lebensjahres den ordentlichen Präsenzdienst abgeleistet haben.

Zur Heranbildung von Wehrpflichtigen für Kommandanten- und Fachfunktionen gibt es sogenannte Kaderübungen, die zum ausserordentlichen Präsenzdienst zählen. Die Gesamtdauer dieser Waffenübungen beträgt für Offiziersfunktionen 90 und für die übrigen Kaderfunktionen 60 Tage. Kaderübungen werden entweder freiwillig oder auch aufgrund einer Verpflichtung abgeleistet. Eine Verpflichtung erfolgt dann, wenn die notwendigen Kaderfunktionen aufgrund mangelnder Freiwilligenmeldungen nicht ausreichend besetzt werden können. Die von einer Verpflichtung betroffenen Wehrpflichtigen werden nach den jeweiligen territorialen Bedürfnissen ausgewählt, wobei auf ihre persönlichen Verhältnisse «angemessen Rücksicht zu nehmen ist».

Zur Heeresreform

Die derzeit in Gang befindliche Bundesheerreform erfolgt nach dem zwischen den Koalitionspartnern SPÖ und ÖVP 1990 beschlossenen Regierungsprogramm. Also zu einem Zeitpunkt, der noch vor dem Golfkrieg und vor dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien und dem Einsatz des Bundesheeres an der österreichischen Südgrenze lag. Ein Umstand, der unter dem Eindruck der aktuellen Tagespolitik immer wieder aus dem Blickwinkel gerät. Für das Verständnis der gegenwärtigen Situation in Österreich erscheint daher ein kurzer Rückblick angebracht.

Die Überlegungen zur Heeresreform entstanden im Zusammenhang mit der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immer intensiver diskutierten Legitimitäts- und Akzeptanzproblematik von Streitkräften. Bereits im Sommer 1988 machte der Slogan «Bundesheer light» Schlagzeilen in den Massenmedien. Der Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei, *Peter Marizzi,* forderte die Abschaffung von schweren Waffen und Panzern. Gleichzeitig wurde der Ruf nach einer Wehrdienstzeitverkürzung laut. 1989 wurden diese Diskussionen insbesondere im Hinblick auf die 1990 heranstehenden Nationalratswahlen immer intensiver. Da zwischen den beiden Koalitionspartnern keine Einigung bezüglich einer Wehrdienstzeitverkürzung erzielt werden konnte, einigte man sich auf ein «Stillhalteabkommen» in der Dauer von zwei Jahren, um das Bundesheer aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen lassen in den kommenden Jahren eine Vielzahl möglicher Krisensituationen erwarten, wobei Österreich auch in Zukunft für seine Sicherheit selbst sorgen muss.

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrats vom 17. Dezember 1990 kommt dies im Kapitel 20 zum Thema Landesverteidigung deutlich zum Ausdruck: *«Die Summe aller Reformmassnahmen, vor allem jener der Ausbildungsreform, wird nach 2 Jahren dahingehend zu bewerten sein, ob eine Verkürzung des Grundwehrdienstes sowie die Einführung einer 5-Tage-Woche möglich ist. Die Koalitionsparteien kommen überein, auf der Ebene des LV-Rats eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Reformmassnahmen im Bereich der Ausbildung begleitend beobachtet und dem LV-Rat darüber berichtet.»*

Jene auf die Akzeptanz der Streitkräfte abzielenden Stellen in diesem Arbeitsübereinkommen seien auszugsweise zitiert:

«Zur Hebung der Akzeptanz des Bundesheeres in der gesamten Gesellschaft, aber auch bei den Präsenzdienern, ist eine umfassende Reform des Heeres, vor allem im Bereich der Heeresverwaltung, notwendig. Die Reformmassnahmen müssen zu einem deutlichen Abbau von Bürokratie, einer Vereinfachung der Verwaltungsabläufe, einer Verkleinerung der Zentralstelle und Kommanden sowie zu einer den aktuellen Aufgaben angepassten Organisationsstruktur führen...

Das Milizsystem soll gestärkt werden. Dabei sollen insbesondere eine wechselseitige Anerkennung von militärischen und zivilen Qualifikationen sowie eine grösstmögliche Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Berufs- und Milizsoldaten angestrebt und die Grundlagen für eine Entgeltfortzahlung für Milizsoldaten durch den Arbeitgeber geschaffen werden...

Für die Motivation der Grundwehrdiener ist eine effiziente und exakt organisierte Ausbildung unter Beachtung pädagogischer Elemente sowie ein qualifiziertes, in Menschenführung geschultes Ausbildungspersonal von entscheidender Bedeutung. Parallel zur Verwaltungsreform wird daher eine Ausbildungsreform angestrebt, durch die die Qualität und Effektivität der Ausbildung verbessert und Leerläufe beseitigt werden sollen...

Eine verstärkte Einbeziehung von zivilen Einrichtungen bei der Kaderausbildung wird die Integration des Bundesheeres in unserer demokratischen Gesellschaft weiter erhöhen... Zu den Vorhaben, die darüber hinaus eine verstärkte Motivation der Präsenzdiener und eine Verbesserung der Situation zum Ziel haben, zählen insbesondere Information vor dem Einrücken, Ausarbeitung moderner und zeitgemässer Allgemeiner Dienstvorschriften unter Berücksichtigung des Milizsystems, finanzielle Besserstellung der Präsenzdiener; Taggelderhöhung und dessen monatliche Auszahlung, verbesserte staats- und wehrpolitische Bildung im Rahmen der Ausbildung, Freizeitbetreuung der Grundwehrdiener.»

Der Reform des Zivildienstes ist ein eigener Abschnitt gewidmet:

«Die jetzige Form des Zuganges zum Zivildienst, nämlich die Glaubhaftmachung von Gewissensgründen vor einer Kommission, soll nicht beibehalten werden. Hand in Hand mit den Reformen im Bereich der militärischen Landesverteidigung wird daher auch eine Reform des Zivildienstes durchgeführt, die das Ziel hat, zivildienstpflichtige Wehrpflichtige von der Prüfung der Glaubwürdigkeit ihrer Gewissensgründe zu befreien.»

Im weiteren Verlauf der gegenständlichen Ausführungen über den aktuellen Stand der Heeresreform wird erkennbar sein, wie sehr die einzelnen Reformschritte den Zielsetzungen des Regierungsprogrammes vom Dezember 1990 entsprechen. Vorerst sei jedoch schlagwortartig an die seit 1990 stattgefundenen Ereignisse erinnert, welche die öffentliche Meinung für sicherheitspolitische Belange sensibilisierte und im allgemeinen für die Streitkräfte eine Akzeptanzverbesserung zur Folge hatten:

Im Sommer 1990 erfolgte auf Antrag des Innenministers der Assistenzeinsatz des Bundesheeres zur Unterstützung von Zollwache und Gendarmerie, um bei der Verhinderung von illegalen Grenzübertritten an der österreichisch-ungarischen Grenze Unterstützung zu leisten. Diese Assistenzleistung, die ursprünglich nur für den Zeitraum von einigen Wochen vorgesehen war, ist inzwischen zur «Dauereinrichtung» geworden. Sie ist ein deutlicher Hinweis auf die geänderten Anforderungen an die Streitkrafte. Mit Ausnahme eines vier Kilometer langen Grenzabschnittes unmittelbar vor der jugoslawischen Grenze wird derzeit praktisch die gesamte Staatsgrenze zu Ungarn in einer Länge von 346 Kilometer verstärkt überwacht.

In den Zeitraum des Beginns dieses Assistenzeinsatzes an der Ostgrenze fällt auch der Überfall des Irak auf Kuwait. Anfang 1991 fand der Golfkrieg statt, und im Juni 1991 kam es im Zuge des beginnenden Jugoslawienkonfliktes zu Kampfhandlungen im unmittelbaren Bereich der Staatsgrenze im Süden der Steiermark. Am Nachmittag des 28. Juni 1991 wurde der Einsatz der in Verfügung gehaltenen Truppen des Bundesheeres angeordnet. Sie erhielten den Auftrag, die Grenzübergänge und neuralgischen Punkte zu schützen sowie das Zwischengelände zu beobachten. Gleichzeitig wurde die Verstärkung der Luftraumüberwachung mit mobilem Radar, Flächenflugzeugen und Hubschraubern angeordnet.

Zum aktuellen Stand der Reform

Mit Wirkung vom 1. Januar 1993 ist die im Herbst vergangenen Jahres beschlossene Novellierung des Wehrgesetzes in Kraft getreten. Wie bereits im Zusammenhang mit dem Wehrsystem darauf hingewiesen, sieht das Wehrgesetz nunmehr die Zulässigkeit einer Truppenübung bis zum Ausmass von 30 Tagen unmittelbar im Anschluss an den Grundwehrdienst vor, um ausreichend ausgebildete Kräfte ohne Mobilmachung für einen Einsatz rasch verfügbar zu haben. Dem gleichen Zweck dient die mit dieser Novellierung geschaffene Möglichkeit, ebenfalls ohne Mobilmachung, bis zu 5000 Mann des Miliz- und Reservebestandes zu einem Einsatz heranzuziehen. Die bisherige Mobilmachungsstärke von ca. 200 000 Mann wird auf rund 120 000 Mann verringert. Was die Heeresorganisation anbelangt, so werden für den Einsatzfall anstelle von bisher 36 grossen Verbänden in Regiments- oder Brigadegliederung nur mehr 15 grosse Verbände in Brigadegliederung bestehen. In der Friedensorganisation wird es 12 Verbände in Regimentsgliederung sowie drei mechanisierte Verbände in Brigadegliederung geben. Die Fliegerdivision bleibt sowohl in der Friedens- als auch in der Einsatzorganisation erhalten. Der Übergang zur Heeresgliederung-Neu erfolgt schrittweise und soll 1995 abgeschlossen werden. Was die Ausrüstung anbelangt, so ist innerhalb der nächsten 10 Jahre die Anschaffung von modernen Waffen und neuem Gerät geplant, und zum besseren Schutz der Soldaten sollen neue Helme und Splitterschutzwesten angeschafft werden. Während Streitkräfte anderer Staaten ihre Rüstung reduzieren, stellt sich für Österreich nun die Notwendigkeit, auf ein unbedingt notwendiges Mindestmass nachzuziehen.

Während Streitkräfte anderer Staaten ihre Rüstung reduzieren, stellt sich für Österreich nun die Notwendigkeit, auf ein unbedingt notwendiges Mindestmass nachzuziehen.

Die Ausbildungsreform als wesentlicher Bestandteil der Gesamtreform des Bundesheeres hat mit Beginn dieses Jahres voll eingesetzt. Die Zielsetzungen der Reformvorhaben sind die Verbesserung des Ausbildungsstandes, die Hebung der Motivation der jungen Soldaten sowie die qualitative und quantitative Verbesserung der Kadersituation. Seit Jänner wird dieses neue Ausbildungsprogramm modellhaft bei fünf Kompanien verschiedener Waffengattungen erprobt. Erlebnis- und Wettbewerbsorientierung in der Ausbildung sowie die Honorierung von erbrachten Leistungen stellen wesentliche Schwerpunkte dar. Ab Herbst 1993 soll dieses Modell generell Gültigkeit haben.

Das neue Ausbildungsmodell gliedert sich in zwei Hauptabschnitte, der Basisausbildung und Verbandsausbildung. Die Basisausbildung wird unterteilt in die Einzelausbildung der Soldaten und in die Ausbildung innerhalb der kleinen militärischen Organisationselemente wie beispielsweise die Schützengruppe, die Geschützbedienung, die Panzerbesatzung u.ä. Diese Basisausbildung findet in den ersten vier Ausbildungsmonaten statt. Ab dem fünften Monat beginnt die Verbandsausbildung in der Teileinheit auf Zugsebene und findet über die Ausbildung in der Kompanie den Abschluss in der Übung im Bataillonsrahmen. Damit soll erreicht werden, dass präsente Kräfte für Einsätze in abgestufter Intensität verfügbar sind.

Die einzelnen Ausbildungsziele werden den Einsatzerfordernissen angepasst sowie einfach, überschau- und überprüfbar gestaltet werden. Die Praxisnähe, Erlebnis- und Wettbewerbsorientierung sowie die bevorzugte Ausbildung im Team sollen den Dienstbetrieb interessanter gestalten und damit zur Motivation der Soldaten beitragen. Hand in Hand mit der Neustrukturierung der Ausbildungsabläufe geht eine Überarbeitung der Ausbildungsziele, eine Verbesserung der Ausbildungsmethoden und vor allem auch eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsinfrastruktur. So sollen vermehrt auch Simulatoren für komplexe Waffensysteme und zur Verbesserung des gefechtsmässigen Verhaltens einzelner Soldaten herangezogen werden.

Das Schwergewicht der Kaderausbildung liegt nach wie vor in der Beherrschung der Einsatzfunktion. Da das Kaderpersonal im Frieden vorwiegend Ausbildungsaufgaben zu erfüllen hat, wird auf eine intensivere pädagogische, führungsmethodische und persönlichkeitsbildende Schulung geachtet werden. Die Schulung hiefür wird auch unter Nutzung qualifizierter Angebote ziviler Bildungseinrichtungen erfolgen. Zur Gewinnung geeigneter Führungskräfte sind entsprechende Förderungsmassnahmen wie leistungsorientierte dienstrechtliche Stellung, berufliche Aufstiegs- und Umstiegsmöglichkeiten innerhalb des Heeres und zeitgerecht geförderte

Ausstiegsmöglichkeiten in zivile Berufssparten vorgesehen.

Auch der allgemeine Dienstbetrieb wird verbessert und darauf Bedacht genommen, den Dienst von artfremden Tätigkeiten möglichst zu entlasten. Das bedeutet, dass die «systemerhaltenden» Tätigkeiten, deren Begleitumstände von den Grundwehrdienern als demotivierend und als Leerlauf empfunden werden, auf das unbedingt erforderliche Ausmass reduziert werden. Zusätzlich sollen für die Soldaten auch die Unterbringung und das Freizeitangebot verbessert werden.

Zum Sicherheitsempfinden der Österreicher, zur Akzeptanz des Heeres und zu Fragen der inneren Orientierung

Da der Umsetzung der Heeresreform eine Novellierung des Wehrgesetzes, eine Verwaltungsreform der Zentralstelle sowie die Anpassung der entsprechenden Rechtsvorschriften vorangegangen sind, gibt es für diese Reform, vergleichsweise zu früheren Reformen, relativ günstige Rahmenbedingungen.

Dem steht jedoch gegenüber, dass sich die Österreicher unter den gegenwärtigen «friedlichen» Alltagsbedingungen militärisch nicht bedroht fühlen und in Vorstellungen von einem modernen Gefechtsfeld keinen Sinn sehen. Militärische Einsatzorientierung und Sinnorientierungen des gesellschaftlichen Umfeldes werden daher vielfach als unvereinbar beurteilt. Es erscheint in diesem Zusammenhang auch notwendig zu betonen, dass bei der Identitätsfrage für das österreichische Heer und im Hinblick auf das Bedrohungsbewusstsein der Bevölkerung auch die Neutralität eine wesentliche Rolle spielt.

Wenn im Zuge der bisherigen Ausführungen festgestellt wurde, dass durch die Ereignisse der vergangenen drei Jahre die öffentliche Meinung für Sicherheitspolitik sensibiliert worden sei, bedeutet dies jedoch nicht, dass deshalb das Wissen über aussen- oder sicherheitspolitische Rahmenbedingungen eine wesentliche Steigerung erfahren hätte. Da sich Sicherheitspolitik nicht nur auf militärische Aspekte beschränkt, ist damit auch keine automatische Aufwertung des Heeres verbunden. Auch was die Bedrohungswahrnehmung anbelangt, hat sich die Bereitschaft, die Streitkräfte mit mehr Geldmittel zu dotieren, keineswegs erhöht. So wird auch das Verteidigungsbudget in den kommenden Jahren bei ca. einem Prozent des Bruttonationalproduktes bleiben.

In der öffentlichen Meinung wird auf sicherheitspolitische Entwicklungen oft völlig anders reagiert, als es von Expertenseite unter Anwendung rationaler Beurteilungskriterien hätte erwartet werden können. So liegen bespielsweise bei der Einschätzung des Ausmasses der Bedrohlichkeit unterschiedlicher Szenarien trotz der andauernden bewaffneten Konflikte in Südosteuropa die Ängste der Österreicher vor den Folgen eines Reaktor-Unfalles mit über 80 Prozent, einer Chemie-Katastrophe mit 75 Prozent oder eines Verkehrsunfalles mit 70 Prozent an der Spitze. Hingegen beurteilten bereits vor über einem Jahr nur knapp über 40 Prozent einen Bürgerkrieg in der Nachbarschaft als «sehr bedrohlich». Und dies, obwohl der Prozentsatz, der einen Bürgerkrieg in der Nachbarschaft für «sehr wahrscheinlich» hielt, im Zeitraum von Oktober 1990 von nicht ganz 30 Prozent bis Oktober 1991 auf über 70 Prozent signifikant gestiegen war.

Die generelle Steigerung der Akzeptanz des Heeres ist insofern erkennbar, als die Verkürzung der Wehrdienstzeit kein Thema mehr ist und die Notwendigkeit von Streitkräften als selbstverständlich erachtet wird. Die Identifikation der Österreicher mit ihren Streitkräften steht nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der Bewältigung von militärischen Aufgaben. Auch wenn es aus militärischer Sicht merkwürdig anmutet, so wird allgemein von der Fähigkeit, mit der die Streitkräfte nicht-militärische Aufgaben bewältigen, auf die militärische Effizienz geschlossen. Ganz klar hat sich herausgestellt, dass die lineare Kausalkette Angst-Bedrohungsbild-Wehrwille-Akzeptanz der Streitkräfte kaum eine Rolle spielt. Die präsenzdienstpflichtigen jungen Staatsbürger fragen immer mehr danach, was ihnen ihr «Opfer», dieser Pflicht zu entsprechen, persönlich bringt. Diese Einstellungen spiegeln sich auch entsprechend in der Effizienzerwartung an das Heer wider. **Das Ziel der militärischen Ausbildung ist jedoch nach wie vor die militärische Einsatz(Kampf-)-fähigkeit.**

Bei einem Berufsheer von rund 50000 Mann würden allein die Personalkosten höher sein, als das derzeit zur Verfügung stehende Verteidigungsbudget insgesamt.

Zum Ersatzdienst und zur Diskussion über allgemeine Wehrpflicht und Berufsheer

In Österreich ist der Zivildienst seit 1975 gesetzlich geregelt. Bis 1991 entsprach seine Dauer jener des Wehrdienstes. Seit 1. Januar 1992 ist es möglich, ohne Glaubhaftmachung von Gewissensgründen vor einer Kommission einen Zivildienst zu leisten. Nach dem Zivildienstgesetz ist dieser Ersatzdienst bei verschiedenen öffentlichen und privaten Institutionen unter ziviler Leitung zu leisten. Die Dauer des Zivildienstes wurde von acht auf zehn Monate erhöht. Im Falle einer besonderen physischen, psychischen und arbeitszeitlichen Belastung des Zivildieners kann die Dauer der Dienstleistung auf acht Monate reduziert werden. Eine arbeitszeitliche Mehrbelastung ist dann gegeben, wenn Zivildienstpflichtige bei der Einrichtung, bei der sie beschäftigt werden, regelmässig wenigstens sechsmal innerhalb eines Monats in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr für mindestens sechs Stunden zur Arbeit herangezogen werden.

Das Vorliegen dieser Voraussetzungen wird von einer beim Bundesministerium für Inneres eingerichteten Kommission festgestellt. Der Zivildienst ist allerdings keine frei wählbare Alternative zum Wehrdienst, sondern kann nur dann geleistet werden, wenn der Wehrpflichtige innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Einberufungsbefehles den Militärbehörden gegenüber erklärt, dass er die Anwendung von Waffengewalt aus Gewissensgründen ablehnt, Zivildienst leisten und die Zivildienstpflichten gewissenhaft erfüllen wolle. Diese Erklärung wird dann dem Bundesministerium für Inneres übermittelt, welches bescheidmässig feststellt, ob die Erklärung rechtsgültig ist.

Seit 1. Januar 1992, dem Wirksamkeitsdatum des neuen Zivildienstgesetzes, sind die Zivildienstanträge beträchtlich gestiegen. Da das neue Zivildienstgesetz bis 31. Dezember 1993 befristet ist, wird die Zunahme der Zivildienstmeldungen im vergangenen Jahr in der Öffentlichkeit diskutiert. Wird es bis Ende dieses Jahres nicht

verlängert oder verändert, dann tritt am 1. Januar 1994 automatisch das alte Gesetz wieder in Kraft – mit der Zivildienstkommission!

Mitte April wurde vom Innenminister der Bericht über die Entwicklung der Zivildienstanträge seit 1992 dem Parlament übermittelt. Die in diesem Zusammenhang an die Öffentlichkeit ergangenen Agenturmeldungen zeigen folgende zahlenmässige Entwicklung: Die Zahl der Zivildienstanträge ist 1992 gegenüber 1991 von 4573 auf 12039 und damit um 163 Prozent gestiegen. Für 1993 ist eine weitere Zunahme zu erwarten. Hatten in den ersten beiden Monaten 1992 1844 Personen Zivildienstanträge gestellt, so stieg diese Zahl gegenüber den ersten zwei Monaten dieses Jahres auf 2172.

Angesichts des gestiegenen Interesses am Zivildienst hatte das Innenministerium bereits im vergangenen Jahr alle Landeshauptmänner und Bürgermeister ersucht, zusätzliche Zivildienstplätze zu schaffen. Zu einer Aufstockung von Zivildienstplätzen kam es im Rettungswesen, bei Krankenanstalten, bei Einrichtungen der Sozialhilfe sowie in der Behinderten- und Flüchtlingsbetreuung. Mit Ende 1992 waren die meisten Zivildiener – 52,5 Prozent – im Rettungswesen eingesetzt, 19 Prozent entfielen auf die Behindertenhilfe, 13 Prozent arbeiteten in der Sozialhilfe, 6,7 Prozent in Krankenanstalten, 3 Prozent bei der Katastrophenhilfe und im Zivilschutz, 2,7 Prozent in der landwirtschaftlichen Betriebshilfe und 1,5 Prozent bei der Flüchtlingsbetreuung.

Diese Zahlen klingen für die militärisch Verantwortlichen alarmierend. Es lässt sich derzeit jedoch noch nicht konkret abschätzen, wie hoch der Jahresdurchschnitt an Zivildienstanträgen durch die Neuregelung in den nächsten Jahren sein wird. Und ob dadurch tatsächlich, wie vielfach argumentiert wird, die Umsetzung der Heeresreform, die auf einem Aufkommen von 34000 Mann pro Jahrgang, die ihrer Wehrpflicht nachkommen, beruht, gefährdet ist.

1991 hatte es nämlich weniger Zivildienstanträge gegeben, weil viele auf den angekündigten Wegfall der kommissionellen Gewissensprüfung gewartet hatten. Daher ist wegen dieses Überhanges das Jahr 1992 für einen Durchschnittswert nicht geeignet. Und auch 1993 wird keine brauchbare Grundlage liefern, da derzeit bereits über eine weitere Verlängerung des Zivildienstes ab 1. Januar 1994 diskutiert wird. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich zahlreiche Zivildienstbewerber bemühen werden, noch unter die derzeitige Regelung zu fallen.

Die Entwicklung des Zivildienstes facht die Diskussion über die allgemeine Wehrpflicht und die Schaffung eines Berufsheeres immer wieder an. Derzeit wird jedoch an der allgemeinen Wehrpflicht nicht gerüttelt. Die dabei verfolgte gemeinsame Argumentationslinie läuft darauf hinaus, dass im Krisenfall ein Berufsheer nicht jene Anzahl von Soldaten aufbringen könnte, die notwendig wäre, um die etwa 1300 Kilometer lange Ostgrenze zu schützen. Ausserdem würden bei einem Berufsheer von rund 50000 Mann allein die Personalkosten höher sein als das derzeit zur Verfügung stehende Verteidigungsbudget insgesamt.

Ein sehr anschauliches und mehrere Aspekte zusammenfassendes Beispiel, wie die seit Beginn dieses Jahres aktuelle Zivildienstdiskussion geführt wird, liefern die Aussagen des SPÖ-Zentralsekretärs *Josef Cap,* anlässlich einer Pressekonferenz am 12. Februar 1993. Er sagte unter anderem, dass der Grund, warum immer mehr junge Menschen den Zivildienst gegenüber dem Präsenzdienst vorziehen, in der mangelnden Attraktivität des Präsenzdienstes liege. Statt über eine Verlängerung des Zivildienstes zu diskutieren, sei der Verteidigungsminister aufgerufen, längst fällige Reformschritte im Bundesheer zu verwirklichen. Überdies müsse die Zahl an Zivildienstplätzen im Sozialbereich ausgeweitet werden.

Auch wenn es aus militärischer Sicht merkwürdig anmutet, so wird allgemein von der Fähigkeit, mit der die Streitkräfte nicht-militärische Aufgaben bewältigen, auf die militärische Effizienz geschlossen.

Ein Berufsheer würde einerseits das Ende der allgemeinen Wehrpflicht bedeuten und andererseits auch das Ende des Zivildienstes, der eine sozialpolitische Einrichtung darstelle. So könnten etwa Rettungsdienste oder Alten- und Krankenpflegedienste ihre Arbeit ohne Zivildiener nicht mehr aufrechterhalten. Der zunehmenden Anzahl an Zivildienstwilligen müsste eine Ausweitung der Zivildienstplätze folgen. Eine Bestrafung der Zivildiener, wie sie die FPÖ und Teile der ÖVP durch eine Verlängerung der Zivildienstzeit fordern, wäre der falsche Ansatz, um mehr Menschen für den Präsenzdienst zu gewinnen. Die einzige Möglichkeit, diese Art der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht attraktiver zu machen, bestehe darin, den Präsenzdienst selbst attraktiver zu gestalten. Und dies sei Aufgabe des zuständigen Verteidigungsministers.

Dass mit dieser unsachlichen Argumentation die Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaften sowie die Milizverbände nicht einverstanden sein können und ihrerseits nicht Zurückhaltung üben, ist verständlich. Abgesehen davon, dass die Forderung an das Bundesheer, den Präsenzdienst attraktiver zu machen und auf diese Weise in Konkurrenz zum Zivildienst zu treten, sachlich unzulässig ist.

Zusammenfassung:

1. Die gegenwärtige sicherheitspolitische Situation Österreichs ergibt sich aus seiner Randlage zu ehemaligen Staaten des Ostblocks. Ein militärischer Grosskonflikt in Europa ist derzeit zwar unwahrscheinlich, doch Auswirkungen lokaler bewaffneter Auseinandersetzungen in den neu entstandenen Konfliktzonen könnten zu einer Bedrohung von Teilen des Staatsgebietes werden. Sollte sich die Situation in den Zonen geringer Stabilität verschärfen, so wäre Österreich, das wie eine Halbinsel in diese Krisenregionen reicht, unmittelbar betroffen. Daher ist Österreich auch Hauptinteressent an einem europäischen Sicherheitssystem.

2. Das österreichische Bundesheer reagiert mit seiner Heeresgliederung-Neu auf die tiefgreifende Änderung des sicherheitspolitischen Umfeldes in Europa. Unverändert bleiben dabei die allgemeine Wehrpflicht und das Milizsystem. Neu ist die Bildung rasch verfügbarer Kräfte im Umfang von 15000 Mann, die flexible Gestaltung des Grundwehrdienstes durch die Möglichkeit, Truppenübungen im Ausmass bis zu einem Monat unmittelbar an den Grundwehrdienst anzuschliessen sowie die Reduzierung des Mobilmachungsrahmens auf 120000 Mann und die Schaffung einer neuen Heeresstruktur. So wird es in Zukunft anstelle der bisherigen 36 Verbände in Regiments- oder Brigadegliederung 15 grosse Verbände in Brigadegliederung geben.

3. Was das Sicherheitsempfinden bzw. das Bedrohungsbewusstsein der Österreicher betrifft, so fühlen sie sich unter den friedlichen Alltagsbedingungen militärisch nicht bedroht und sehen in Vorstellungen von einem modernen Gefechtsfeld, wie es der einsatzorientierten Ausbildung zugrunde liegt, keinen Sinn. Da militärische Einsatzorientierung und allgemein gesellschaftliche Sinnhorizonte vielfach als unvereinbar beurteilt werden, stehen die Streitkräfte immer wieder vor Akzeptanzproblemen. Dies hat natürlich – vor allem auch aufgrund der in Gang befindlichen Reform – Auswirkungen auf die Motivation und Sinnorientierung der Heeresangehörigen.

Insgesamt ist jedoch eine Steigerung der Akzeptanz der österreichischen Streitkräfte durch die österreichische Bevölkerung erkennbar. Was die Effizienzbeurteilung anbelangt, so wird von der Fähigkeit, mit der das Heer nicht-militärische Aufgaben bewältigt, auf die militärische Einsatzfähigkeit geschlossen. Die Neutralität spielt im Bewusstsein der Österreicher nach wie vor eine wesentliche Rolle. Auch dann, wenn sie derzeit weitgehend aus dem Vokabular der in der Öffentlichkeit auftretenden Vertreter der Regierungsparteien verschwunden ist.

4. Der Zivildienst ist in Österreich seit 1975 gesetzlich geregelt. Seit 1. Januar 1992 ist es möglich, ohne Glaubhaftmachung von Gewissensgründen vor einer Kommission, diesen Ersatzdienst abzuleisten. Dafür wurde die Dauer des Zivildienstes von acht auf zehn Monate erhöht. Die Abschaffung der Zivildienstkommission hat zu einem beträchtlichen Anstieg der Zivildienstanträge geführt. So ist die Zahl der Zivildienstanträge 1992 gegenüber 1991 um über 160 Prozent gestiegen. Der Zivildienst, obwohl gesetzlich als Ersatzdienst festgelegt, wird im Bewusstsein der Öffentlichkeit immer mehr zu einer allgemein akzeptierten Alternative zum Wehrdienst. Diese Entwicklung kann sich natürlich abträglich auf die Umsetzung der Heeresreform auswirken und unter Umständen auch die Akzeptanzproblematik wieder verschärfen. Insofern wird die Ausbildungsreform und die Neugestaltung des Dienstbetriebes zum wesentlichsten Teil der Gesamtreform.

Reform der russischen Streitkräfte

(Bearbeitung und Übersetzung aus dem Russischen von Dieter Kläy)

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 434 / 1965

Neue strategische Lage Russlands

Heute gibt es die militärische Gefahr, wie sie für Russland früher existierte, nicht mehr. Die USA und die europäischen NATO-Länder haben ihre militärpolitische Sichtweise festgelegt und sind davon abgekommen, im neuen Russland ihren Gegner zu sehen.

Eine massive militärische Gefährdung hat Russland derzeit nicht zu fürchten. Dagegen existiert heute eine unmittelbare militärische Bedrohung durch innere bewaffnete Konflikte. Gefahren werden durch Kräfte des aggressiven religiösen Extremismus, durch geweckte nationalistische Leidenschaften oder als Resultat demografischer Explosionen verursacht. Eine konkrete Gefahr bilden auch die zahlreichen bewaffneten Formationen, welche um Russlands Grenzen bestehen. An den russischen Grenzen stehen total gegen 530 Divisionen, 42000 Panzer und 12000 Kampfflugzeuge.

Die Militärdoktrin Russlands ist insofern angepasst worden, als sie von der bewaffneten Stärke als bevorzugtes Mittel zur Erreichung politischer, ökonomischer und anderer Ziele Abstand genommen hat. Dadurch stellt sich die Frage: Welche Armee brauchen wir? Natürlich brauchen wir eine Armee neuen Typs, welche den Realitäten der heutigen Zeit entspricht.

Das Hauptziel der Reform ist es, in Abstimmung mit der realen Gefahr und den sich ändernden politischen und ökonomischen Umständen, die Verteidigung Russlands zu garantieren. Der Aufbau qualitativ neuer, zahlenmässig kleinerer und gleichzeitig effizienterer Streitkräfte, welche aber trotzdem in der Lage sind, die ihr aufgetragenen Aufgaben zu erfüllen, ist finanziell weniger belastend.

Prof. Dr. Nikita A. Tschaldimov, Generalmajor, stellvertretender Leiter der Humanitären Akademie der Streitkräfte in Moskau, Mitglied der russischen Akademie der Naturwissenschaften.

Reformetappen und ihre grundlegenden Inhalte

Erste Etappe 1992

Im Jahre 1992 wurden das «Gesetz über die Verteidigung» und das «Gesetz über die Sicherheit» verabschiedet. Beide umreissen die Kompetenzen der Staatsorgane und Militärverwaltung. Die Einberufung und Dienstabsolvierung wird durch das «Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht und den Militärdienst» geregelt. Ebenfalls verabschiedet wurden Gesetze über soziale Vergünstigungen und rechtliche Garantien. In Vorbereitung sind Rechtserlasse im Bereich der Mobilmachung und der Heerespolizei. Erörtert wird ein Gesetzesentwurf für den zivilen Ersatzdienst[1].

Die Durchführung geplanter Bestandeskürzungen in den Streitkräften ist im «Gesetz über die Verteidigung» festgelegt. **Es sieht vor, dass der Umfang der Streitkräfte 1% der Bevölkerung nicht überschreiten darf.** Diese Norm, umgerechnet nicht mehr als 1,5 Millionen Mann, soll ab Januar 1995 in Kraft treten. Zurzeit verfügen die Streitkräfte noch über 2,6 Millionen Mann. Im Jahre 1992 hat sich diese Grösse in Armee und Marine um 200000 Mann vermindert. Entlassen wurden zirka 78500 Mann, davon 34400 Offiziere und Berufsunteroffiziere, ausser Betrieb gesetzt 35600 militärtechnische Einrichtungen. Ebenfalls angesagt ist die Reorganisation ziviler Verwaltungsstrukturen, der Übergang zum gemischten Rekrutierungsprinzip, basierend auf Einberufungsbefehl oder Vertragsabschluss, sowie die Erlaubnis der Wehrpflichtigen der Russischen Föderation, ihren Dienst gemäss Vertrag auf bestimmte Zeit oder bis zum 31. Dezember 1999 in den nationalen Armeen der Staaten und Republiken der ehemaligen UdSSR abzuleisten. Die Kürzung des Verwaltungsapparates im Verteidigungsministerium um einen Drittel (mehr als 6000 Personen), die Einführung einer neuen zivilen Verwaltungsstruktur, der Übergang von Armeen zu Korps, von Divisionen zu Brigaden sowie die Verwaltungsreform der Hauptkommandos, der Militärbezirke und anderer Teile sind ebenfalls Gegenstand der Reform.

Die Ausarbeitung einer Konzeption mobiler Verteidigung als Basis der militärischen Seite der Doktrin bedeutet einen neuen Ansatz zur Gründung territorialer Verteidigungseinheiten: die Abkehr von der dauernd einsatzbereiten, lückenlosen Verteidigung ab Grenze sowie von Verteidigungsstrukturen, welche als dreifache Kombination (Objektkräfte [ortsfeste Truppen], mobile Kräfte und Reserve) geführt worden sind. Im Rahmen neuer funktionaler Aufgaben sammeln die russischen Streitkräfte ausserdem Erfahrungen durch Beteiligung an friedenserhaltenden Aktionen der UNO in Jugoslawien sowie auch im Rahmen kollektiver Streitkräfte in der Friedensförderung auf dem Terri-

[1] Die bezeichneten Gesetze sind teilweise bereits in Kraft gesetzt worden. Vereinzelte Paragraphen dieser Erlasse werden gemäss den entsprechenden Verordnungen des Obersten Sowjets der Russischen Föderation zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten.

torium der GUS, Moldawiens, Tadschikistans und Abchasiens.

Zweite Etappe 1993–1994

Die zweite Etappe von 1993 bis 1994 umfasst

■ die Fortsetzung der Kürzungen und der Truppenreform: Bis Ende 1993 ist die Entlassung von 242000 Wehrpflichtigen vorgesehen. Gemäss Prognosen müssen dadurch in den Jahren 1993 und 1994 70000 bis 80000 Offiziere beruflich umgeschult werden.

■ Die Vollendung des Truppenabzugs aus Deutschland, Polen und der Mongolei. Diese betrifft:

– 17 Verwaltungsorgane
– 30 Heereseinheiten
– 72 Brigaden
– 32 Flugzeug- und 9 Helikopterregimenter
– 412000 militärtechnische Einrichtungen
– 199 Schiffe
– 14 Unterseeboote
– 2,5 Millionen Tonnen Materialvorräte, davon allein eine Million Tonnen Munition.

Weiter sind folgende Massnahmen geplant:

■ Bildung neuer Streitkräftegruppierungen auf dem Territorium des Landes.

■ Übergang zum gemischten Rekrutierungsprinzip der Wehrmänner.

■ Erhaltung und Steigerung des Prestiges des Militärdienstes.

■ Einführung einer Versicherungspolice für Wehrpflichtige.

■ Erhaltung der Truppengattungsstrukturen in den Streitkräften.

In diesem Zusammenhang ist bis zum Jahre 1995 die Organisation der Streitkräfte in Strategische Raketentruppen, Landstreitkräfte, Fliegerabwehrtruppen, Luftstreitkräfte und Marine geplant. Ebenfalls bis 1995 ist die Bildung hochmobiler Eingreiftruppen vorgesehen.

Dritte Etappe 1995–2000

Die dritte Etappe von 1995 bis zum Jahre 2000 umfasst gemäss Planung

■ den vollständigen Abzug der Truppen aus dem Baltikum,

■ die Vollendung der Streitkräftereduktion in Übereinstimmung mit abgeschlossenen Verträgen,

■ die etappenweise Kürzung und Reorganisation der Militärbezirksverwaltungen,

■ die Verstärkung der Armee- und Korpsverwaltungsorgane,

■ den Übergang zur Korps- und Brigadestrukturorganisation.

Bei der Durchführung dieser Militärreform nehmen Fragen der menschlichen Dimension einen besonders wichtigen Platz ein. Dabei steht die Lösung existentieller Probleme im Vordergrund, nämlich:

1. Der fehlende Wohnraum: Die Zahl der Wehrpflichtigen ohne Wohnung ist nicht etwa im Sinken begriffen, sondern zeigt eine steigende Tendenz. Nach Berechnungen wird im Zusammenhang mit dem Truppenabzug aus dem Ausland diese Zahl bis ins Jahr 1995 auf 400000 klettern.

2. Die Versorgungslage: Infolge Verletzungen von Vertragspflichten durch Unternehmungen fehlen derzeit Zehntausende Tonnen Nahrungsmittel, Treib- und Schmierstoffe sowie weitere Artikel und Materialvorräte.

3. Schwierigkeiten mit der Beschäftigung und medizinischen Versorgung von Familienangehörigen dienstleistender Wehrmänner.

4. Verschärfung der Probleme im Zusammenhang mit der Rekrutierung der Truppen. In Russland treten derzeit von 100 Stellungspflichtigen nur 20 bis 25 zur Einberufung an.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene existieren weitere Probleme: Unzufriedenheit der Dienstleistenden mit ihrem Realeinkommen, die tiefe Verpflegungsqualität in den Soldatenkantinen, fehlende Arbeitsregelungen für Offiziere, die Dispensation von der Ausbildung, ernsthafte Unzulänglichkeiten im Unterkunftswesen der Truppen, welche aus dem Ausland zurückkehren.

Die Geschichte der Sowjetunion zeugt davon, dass der Staat seine Sicherheitsinteressen leider oft über diejenigen der Gemeinschaft stellte.

Im Verteidigungsministerium ist ein Programm erstrangiger Massnahmen zur Lösung dieser Probleme in Ausarbeitung. Ohne die Verwirklichung dieses Programmes und ohne die Lösung dieser Probleme wird der Schwung der Militärreform verprasst.

Als akutes Problem erweist sich das Prestige des Militärdienstes. Ungeachtet der getroffenen Massnahmen in bezug auf die soziale Sicherstellung der Dienstleistungen, hält die Abwanderung aus den Streitkräften an. Allein im Jahre 1992 traten mehr als 30000 junge Offiziere im Alter zwischen 23 und 30 Jahren aus den Streitkräften aus.

1993 wird etwa 100000 Wehrpflichtigen die Möglichkeit geboten, Militärdienst im Rahmen eines Arbeitsvertrages zu absolvieren. Dies ist ein ernsthafter Schritt in Richtung Professionalisierung.

Als weiteres geistig-moralisches Problem erweist sich auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit und ihre Realisierung unter militärischen Umständen. Die Entwicklung läuft dahin, dass das Niveau religiöser Aktivität in unserer Gesellschaft steigt. Der Bruch mit alten Vorstellungen und das Entstehen neuer noch unbestimmter Werte führten zum bekannten Gewissensvakuum eines Teils der Gesellschaft, welches sich jetzt mit religiösen Inhalten füllt.

Ausblick

Dem Reformprozess liegt die Rückkehr zu den Ideen des Humanismus und der Demokratie zugrunde. Der Humanismus ist ein System von Weltanschauungen, welches den Wert des Menschen als Persönlichkeit, sein Recht auf Freiheit und die Entfaltung seiner Fähigkeiten anerkennt. Im Frieden soll die Humanisierung militärischer Tätigkeit unter anderem auf die Ausarbeitung von Massnahmen wie die Vervollkommnung ziviler Kontrolle über die Armee, die Aufwertung des Militärdienstes, die Gewährung von Rechten auf Urlaub, gerechte Bezahlung, Bildung u.a.m. ausgerichtet sein. Für den Kriegsfall sollen Massnahmen ausgearbeitet werden, die auf den Schutz historischer und kultureller Denkmäler, des Lebens und der Gesundheit der zivilen Bevölkerung, die Beschränkung militärischer Handlungen auf die Umwelt, die Beschränkung in der Anwendung von Methoden und Mittel des Kampfes durch die Parteien abzielen.

Die Geschichte der Sowjetunion zeugt davon, dass der Staat seine Sicherheitsinteressen leider oft über diejenigen der Gemeinschaft stellte. Die humanitären Akzente im Sicherheitsverständnis des russischen Staates setzen heute die Sicherheit der Person voraus; die soziale Sicherheit des Bürgers, die Offenheit der Gesellschaft sowie die Sicherheit des Lebens und des Eigentums.

Das Überdenken des Zweckes moderner Streitkräfte ist nicht weniger

grundlegend. Bis vor kurzem stand in allen offiziellen Dokumenten, die das Wesen der Militärdoktrin und Strategie festlegten, dass die Armee für die Vorbereitung und Führung eines Krieges verwendet wird. Heute manifestiert sich deutlich die Notwendigkeit einer politischen neben einer militärischen Sichtweise. Im militärischen Sinn des Wortes existierte bislang die Armee, welche kampfbereit und fähig sein musste, mit Waffen den politischen Willen auszuführen. Aber im politischen Zusammenhang hat die Armee eines zivilisierten Staates nur das Recht, Waffen gegen einen Aggressor einzusetzen. Damit ist unter den heutigen Umständen die Armee zum Faktor der Kriegsverhütung und des Friedens geworden.

Wir geben uns Rechenschaft darüber, dass die Reform der russischen Streitkräfte riesige Anstrengungen geistiger und materieller Art seitens der militärischen Kader, des Staates, der gesellschaftlichen Organisationen und des gesamten Bestandes der Armee und Marine erfordern. Aber die Geschichte hat nicht zum erstenmal gezeigt, dass Russland immer würdevoll einen Ausweg aus den schwierigsten Situationen gefunden hat.

(Abgeschlossen per Anfang Oktober 1993)